



Beiträge zur Sozialinnovation

Nr. 5

Beiträge zur Sozialinnovation

Jens Aderhold & Florian Döring

Corruption revisited

Zur Unvermeidbarkeit
sozialer ‚Verschmutzungseffekte‘

ISSN 1610-7152

Impressum

Beiträge zur Sozialinnovation

ISSN 1610-7152

Herausgegeben vom

Institut für Sozialinnovation e.V.
Postfach 12 01 22 + 10591 Berlin
Tel./Fax: +49 700-ISINOVA-1
(+49 700-4746682-1)

Email: info@isinova.org

www.isinova.org

Redaktion: Dr. René John

Verlag: Eigenverlag

2009 © Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Verwertung, der Nachdruck, die Vervielfältigung durch Kopie, sind nur mit Zustimmung des Herausgebers gestattet. Namentlich gekennzeichnete Beiträge und Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Zitation: [Autor][Jahr]:[Titel]. Beiträge zur Sozialinnovation Nr. [...]. Berlin: Institut für Sozialinnovation. [Downloadpfad, Datum]

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Probleme normativer Überhöhung und moralischer Diskurse.....	10
3. Vernetzungseffekte sozialer Mikrostrukturen	13
4. Policy-Netzwerke als forciertes Institutionenumbau im Kontext komplexer Entscheidungsprozesse	21
5. Ausblick: Soziale und gesellschaftliche Ermöglichkeiten korruptiven Handelns.....	28
Literatur.....	34

Zusammenfassung

Das Problem der Korruption drängt sich zunehmend in den Fokus gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Problemverschärfend wirkt der Umgang mit diesem Phänomen. Dieser fällt nicht nur vielschichtig, sondern auch widersprüchlich und zum Teil analytisch unkontrolliert aus. Die von verschiedenen Fachdisziplinen getragene Korruptionsforschung lässt sich insbesondere durch eine international-vergleichende Makro- und eine akteurszentrierte Mikroperspektive anleiten. Beide Sichtweisen sind in mehrfacher Hinsicht nicht unproblematisch, so dass sich eine dritte Perspektive anbietet, die im Kontext einer öffentlichen Metaphorisierung eine Strategie der Entmoralisierung nahelegt. Diesen Vorschlag interpretieren wir als Erfordernis einer Soziologisierung des Korruptionsdiskurses. Diese sieht erstens vor, eine theoretisch angeleitete Korrektur in den Rationalitätsannahmen öffentlicher und wissenschaftlicher Korruptionsbeobachtung vorzunehmen. Zweitens wird am Beispiel der policy-networks gezeigt, in welcher Weise der aktuelle Umgang mit dem Korruptionsphänomen davon profitiert, gesellschaftliche Veränderungen und die hiermit einhergehenden Effekte institutionalisierter Entscheidungsproduktion mit in Rechnung zu stellen. Ausgehend von diesen beiden Prämissen lässt sich das Problem der Korruption folglich nicht als Abweichung von gesellschaftlichen Normvorgaben (z. B. von den Rationalitätsimperativen der Moderne), sondern ausschließlich von den Vorgaben der Organisation konzipieren.

1. Einleitung¹

Das ‚Besorgen‘ fremder Interessen, Bestechung, Vetternwirtschaft, Klientelismus, Patronage oder Formen organisierter Kriminalität sind Erscheinungen, die sich fast durch die gesamte Menschheitsgeschichte ziehen (siehe u.a. Callies 1989, Nolte 1989: 15). Klientelismus konstituiert beispielsweise ein spezifisches Verteilungssystem von Ressourcen, „welches sich von anderen Verteilungssystemen, wie etwa bürokratischer Verteilung oder dem Marktsystem, unterscheidet. Das klientelistische Verteilungssystem ist dadurch charakterisiert, dass viele relevante Ressourcen durch einige wenige Personen (Patrone) kontrolliert werden. Diese Minorität tauscht die Ressourcen, die sie kontrolliert, mit anderen Personen (Klienten) gegen persönliche Loyalität aus.“ (Bestler 1997: 145). Patron-Klient-Verhältnisse sind ebenso partikularistisch angelegt (siehe Nolte 1989: 1f.). In diesen asymmetrischen Beziehungen, die darauf angelegt sind, universalistisch angelegte Prinzipien (Markt, Demokratie, Verwaltung) zu unterlaufen, können höchst unterschiedliche Ressourcen (wirtschaftliche, politische, instrumentelle, solidarische) getauscht werden, wobei der Ressourcentausch auf Dauer und Verpflichtung angelegte Sozialstrukturen etabliert.

Bei diesen von der Öffentlichkeit wie von weiten Teilen der Wissenschaft als negativ oder dysfunktional bewerteten korrupten oder auf Patronage setzenden Beziehungs- und Austauschmustern handelt es sich aber zugleich um ein sehr aktuelles Phänomen, das die Erwartungen an die Rationalisierungsstandards der modernen Gesellschaft auf besondere Weise durchkreuzt. Dieser Befund ist insofern irritierend, als mit der gesellschaftlichen Modernisierung erwartet werden konnte und immer wieder neu erwartet wird, dass durch die Verbreitung der Institutionen Organisation, Recht und Verwaltung „soziale und andere Unterschiede unter ähnlichen Bedingungen“ keine Relevanz mehr für politische Entscheidungen und staatliches Handeln haben (Tremmler 1998: 254). Vor allem in der vergleichenden Korruptionsforschung ist eine solche modernisierungstheoretisch argumentierende Position weit verbreitet. Demnach können die unter dem Titel Korruption subsumierten Erscheinungsformen als ein oder gar das zentrale Merkmal unterentwickelter Gesellschaften angesehen werden, welche im Prozess der Modernisierung und aktuell der politischen Transformation eigentlich verschwinden müssten (Bestler 1997: 142f.). Nicht ganz ins Bild passt dabei, dass korrumpierenden Eingriffen, das heißt der Wiedereinführung der Reziprozitätsnorm in unpersönliche Beziehungen und formalisierten Strukturen auch und gerade unter modernen Bedingungen eine enorme, wenn auch erklärungsbedürftige strukturelle Bedeutung beizumessen ist (so schon Nolte 1989: 1). Hinzu kommen noch zwei Aspekte: erstens sind nahezu alle Funktionssysteme in der einen oder anderen Form von korruptiven Strukturen durchzogen und zweitens ist Korruption – trotz erheblicher Niveauunterschiede – über alle Länder hinweg verbreitet (Delhey 2002).

¹ Für wertvolle Anregungen und Hinweise möchten wir uns bei René John bedanken.

Der wissenschaftliche Diskurs, der sich diesem komplexen Phänomen angenommen hat, ist ausgesprochen umfassend und heterogen. Die Heterogenität ergibt sich wohl nicht nur aufgrund der vielen wissenschaftlichen Perspektiven, sondern sie hat etwas mit dem Gegenstand selbst zu tun. Auch wenn prinzipiell alle sozialwissenschaftlichen Forschungsgegenstände interdisziplinäre Herangehensweisen erfordern, so trifft dies für Korruption besonders zu; ist diese Thematik doch im Schnittpunkt von Vormoderne und Moderne, im Kontext unterschiedlicher Teilrationalitäten (Recht, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Kultur) sowie zwischen den sich komplex verwebenden Ebenen Gesellschaft, Netzwerk, Organisation und mikrosozialen Interaktionen angesiedelt. Wir stoßen folglich auf strukturelle Kopplungen, die in ihrer Wirkung häufig intransparent bleiben. Sie sind zu vielschichtig, als dass sie auch nur auf annähernde Weise beobachtet und rekonstruiert werden können. Hieraus entsteht nun das Erfordernis, mit diesen Intransparenzen sozialpragmatisch umgehen zu müssen. Vertrauen wird hier bedeutsam, vor allem wenn es darum geht, unter unsicheren Vorzeichen Erwartungssicherheit herstellen zu müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass dieses Thema neben einer philosophischen oder theologischen Behandlung vor allem von der Wirtschafts-, Politik-, Rechts- und der Verwaltungswissenschaft sowie der Kriminologie angenommen und bearbeitet wird (Alemann 2005). Bis auf einige Ausnahmen beginnt hingegen die Soziologie erst allmählich, aktuell aber in größerem Maß, sich mit diesem gesellschaftlichen Problem zu beschäftigen (z. B. Stark 2008, Tänzler 2008 und Graeff 2004).

Ungeachtet dieser vielfältigen Bemühungen konnte sich bislang kein allgemein gebräuchlicher, d.h. akzeptierter Begriff von Korruption etablieren und durchsetzen (vgl. u.a. Alemann 2005, 2007, Johnston 2005, Morlok 2005, Gabl 2007, Reiter 2003, Rosa/Oberthür 2008)². Dies führt man auf die unterschiedlichen disziplinären Blickwinkel, aber auch auf die Verwendung verschiedener theoretischer Zugriffe zurück. Allerdings gibt es ein relativ weit geteiltes, implizites, dem öffentlichen Diskurs angepasstes Grundverständnis. Demnach lässt sich Korruption als das Handeln eines Positionsinhabers bestimmen, das im Widerspruch zu vorgegebenen Erwartungsmodi steht. Da dieser Begriff jedoch viel zu weit gefasst ist, wird sein Phänomenbereich häufig auf Inhaber eines öffentlichen oder privatwirtschaftlichen Amtes beschränkt, wobei der Akzent auf ein Fehlverhalten des Positionsinhabers zum eigenen Vorteil liegt. Je nach Konkretisierung werden damit bestimmte Phänomene besser, andere schlechter erfasst. Unklar bleibt aber beispielsweise, ob ein Lehrer schon allein deshalb korrupt handelt, nur weil er aus unvermeidbaren Komplexitätsgründen seine Schüler typisiert und demzufolge abweichend zur Norm der Schulorganisation gleiche Leistungen auf verschieden Weise bewertet.

Jenseits dieser Probleme der begrifflichen Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes lassen sich in der Korruptionsforschung vor allem *zwei dominante Perspektiven* unterscheiden: eine international-verglei-

² “The definitions debate has been long, elaborate, and inconclusive [...]” (Johnston 2005: 61)

chende Makro- und eine akteurszentrierte Mikroperspektive, die sich insbesondere an den handelnden Personen sowie an den vermuteten Motiven und Absichten abarbeitet.³

Die international-vergleichende Forschung (z.B. Giannakopoulos et al. 2007, Gabl 2007; Überblick bei Manow 2003) versucht dabei auf der Makroebene, Ursachen für ein unterschiedliches Ausmaß an Korruption in verschiedenen Ländern zu finden. Korruption (bzw. dessen Ausmaß) wird dabei (primär) als Eigenschaft einzelner Staaten oder Gesellschaften begriffen. Operationalisierung und Messung von Korruption orientieren sich häufig an dem Corruption Perception Index (CPI)⁴. Diskutiert werden dabei Ursachen wie Zentralisierungsgrad, Staatsinterventionismus, Demokratie, Religion, Pressefreiheit oder Modi der Beamtenrekrutierung (vgl. Alemann 2005).

Ein Teil dieses Forschungsfeldes orientiert sich bei der Thematisierung des Korruptionsphänomens ex- oder implizit an modernisierungstheoretischen Setzungen (u. a. Huntington 1997, Morlok 2005, Scheuch 2003). Korruption wird unter diesen Prämissen als (Unter-)Entwicklungsproblem identifiziert und ganz in diesem Sinne als Transformationsphänomen betrachtet. Im Kontext dieser Modernisierungsperspektive scheint man davon ausgehen zu müssen, dass die nicht-westliche (unmoderne) Welt nur die bewährten Muster und Institutionen der Moderne nachbauen und übernehmen müsse; dann wäre man das Korruptionsproblem los.⁵ Auf die westliche Welt gemünzt, erscheint Korruption folglich als ein vormodernes Überbleibsel, d. h. als ein Defekt, wobei – ganz im Sinne moderner Zuschreibungslogik – die nicht vorgesehenen Abweichungen von rechtlichen oder organisationalen Normen als ein auf Personen zurechenbares Verfehlen beschrieben wird. Ungeachtet ihrer Dimensionalität, d. h. der länderspezifischen Variation hinsichtlich ihres Ausprägungsgrades, geraten ganz selbstverständlich Entwicklungs- und Transformationsländer in den Fokus öffentlicher und wissenschaftlicher Aufmerksamkeit, womit Korruption fast unausweichlich nur noch als ein Entwicklungsproblem konzipiert wird, dass mit der Übernahme funktionierender Institutionen zu beseitigen sei.

Dieser international-vergleichenden Forschung gegenüber stehen akteurszentrierte Ansätze (bspw. Zimmerling 2005, Kabalak 2005, Pies 2003, Schwitzgebel 2003, Schmidt 2003), die Korruption als (abweichendes) Handeln einer Person oder eines Unternehmens in einer spezifischen Konstellation konzipieren. Korruption wird in dieser Perspektive primär als eine beabsichtigte Verletzung einer positionalen Pflicht durch einen Entscheidungsträger gesehen, die darauf abzielt, extra-positionale, d. h. private Vorteile auf der Basis von Bestechung und/oder Erpressung zu erlangen (Valdés 2002: 121). Es handelt

³ Andere Autoren, so Morlok (2005) und Jansen (2005) versuchen an die systemtheoretische Perspektive Niklas Luhmanns anzuknüpfen. Wieder andere wenden sich (zumindest auch) Fragen der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bewertung von korruptem Handeln zu (Pies 2003, Schefczyk 2005, Reiter 2003, aber v. a. Tänzler 2008).

⁴ Zahlreiche Informationen zum CPI erhält man im von Johann Graf Lambsdorff betriebenen „Internet Center for Corruption Research“: <http://www.icgg.org>

⁵ Es gibt noch eine andere Variante: hier dreht man das Argument ein wenig und geht davon aus, Korruption sei der (Haupt-) Hinderungsgrund, der einer modernen Entwicklung (Transformation) im Wege steht.

sich bei diesen, an Amts- bzw. Rolleninhabern orientierten Erklärungen zumeist um Anwendungen der Spiel- oder Prinzipal-Agenten-Theorie. Prominent vertreten wird diese Perspektive v.a. in den Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften (bspw. Rose-Ackerman 1999).

Wir finden somit zwei zentrale Forschungsstränge vor, die zumindest auf dem ersten Blick zueinander in Widerspruch geraten müssen. Während die modernisierungstheoretisch bzw. kulturalistisch argumentierende Perspektive die unterschiedliche Ausprägung zwischen verschiedenen modernisierten Ländern in den Blick nimmt und sie auf der Basis der Entwicklungsstände sozialer Institutionen und Wertpräferenzen sowie deren Internalisierung zu erklären sucht, nimmt die stärker handlungstheoretische Perspektive ihren Ausgang in den Motivations- und Interessenshaushalten korruptionswilliger oder -anfälliger Personen. Während in der ersten Version die Hoffnung auf Besserung der Zustände die Analyse strukturiert und die Unterschiede mit makrosozialen und institutionell verankerten Faktoren bearbeitet und erklärt werden, konzeptualisiert die zweite Perspektive das Korruptionsproblem anhand der Differenz gesellschaftlicher und organisationaler Normvorgaben gegenüber individueller Abweichung (Rosa/Oberthür 2008: 46).

Es sind aber nicht nur diese nicht leicht zu entwirrenden Widersprüche, die problematisch sind. Vielmehr ist zu fragen, in welcher Hinsicht das Entstehen von Korruption möglicherweise nicht primär auf die Rückständigkeit eines Landes oder auf die individuellen Eigenheiten einzelner Akteure zurückzuführen ist, sondern – ohne diese Problematik leugnen zu wollen – der Entstehungszusammenhang von Korruption womöglich anderen sozialen Verhältnissen geschuldet ist. Denn so verschieden beide Ansätze auch sein mögen, beide eint sowohl in der Analyse als auch in der Lösungsorientierung eine gewisse Naivität, vor allem was die Annahmen über das Funktionieren sozialer Strukturen und Institutionen anbelangt. Einher geht dies u. E. mit einer unzulässigen Verkürzung im Umgang mit sozialen Prozessen, denen wir an dieser Stelle unsere Aufmerksamkeit widmen wollen.

Wir werden im Folgenden prüfen, inwiefern schon in ganz einfachen sozialen Strukturen Vorgänge zu beobachten sind, die nicht nur Beziehungen und Verbindungen definieren, sondern auch Abhängigkeiten und Verbindlichkeiten mit in Gang setzen, und dies mit höchst folgenreicher Wirkung: Zum einen können diese jederzeit zum Ausgangspunkt korruptiver Strukturen werden, in dem die persönlichen Beziehungen instrumentell zum eigenen Vorteil und gegen die formalen Erwartungen ausgebeutet oder diese von Dritten (Beobachtern) als solche ausgedeutet werden. Zum anderen sind die sozialen Diskurse und Praktiken in der Moderne nicht zu vernachlässigen, die ihrerseits von der Deklaration eines Problems, der Benennung von Verursachern und der alltagsfähigen Proklamation von Zuschreibungen ganz gut leben können. Sie ziehen ihre Legitimation aus der Überhöhung erwartbaren Verhaltens, wobei die Überhöhung mit einer spezifischen Konstruktion, d. h. mit einem besonderen Verständnis der Funktionsweise sozialer Prozesse einhergeht. Die These ist, dass man die Herausbildung und die Re-

produktion von Korruption wohl nur dann verstehen kann, wenn in einem ersten Zugriff folgende soziale Mechanismen und Effekte zur Kenntnis genommen werden: Erstens muss man die Unausweichlichkeit hinsichtlich der mit sozialen Prozessen generell einhergehenden Konstitution persönlicher, vor allem interaktiv gefertigter Strukturen einrechnen, die jederzeit in reziproke, d.h. in korruptiv ausbeutbare umschlagen können und zweitens sind die mit der Moderne konstitutiv verbundenen komplexen Institutionen und ihre Entscheidungslogiken – u. a. Staatsentlastung durch Policy-Netzwerke – und die hiermit verbundenen Folgeprobleme in Form einer ‚Verschmutzung‘, Verkopplung und Vermittlung inkompatibler Funktionslogiken zu beachten.

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die begriffliche Unschärfe, die Diffusität des Korruptionsphänomens und die Schwierigkeiten seiner Erfassung. Nahe liegt dann die Option, die Bestimmungs- und Definitionsmacht nicht mehr in wissenschaftlichen Zusammenhängen, sondern in Bereichen öffentlicher Kommunikation und hier insbesondere in gesellschaftlichen Moral-, Rechts- und Legitimationsdiskursen zu suchen. Wir folgen dieser Sichtweise auch ein Stück, weichen aber in zwei Hinsichten ab. Zum einen, indem wir uns von einer zu starken Vereinfachung sozialer Prozesse und den hiermit verbundenen Perfektionsvorstellungen verabschieden und zum anderen, indem wir die definierenden und regulierenden Instanzen von Korruption nicht auf der Ebene der Gesellschaft oder ihrer Teilsysteme (Politik oder Recht), sondern in der segmentär differenzierten Welt sozialer Organisationen vermuten.

2. Probleme normativer Überhöhung und moralischer Diskurse

Obwohl man zunehmend Sensibilität für strukturelle (Bürokratieeffekte), situative (Gelegenheiten), kulturelle (Modernisierungsgrad) und habitualisierte (Sozialisation) Faktoren und Bedingungen entwickelt, wird das Grundverständnis von Korruption gern im Ausgang handelnder Akteure, vor allem bezogen auf das abweichende Handeln einzelner Personen gesucht (siehe bspw. Rose-Ackerman 1999, Schmidt 2003). Charakteristisch hierfür ist das handlungstheoretische Korruptionsmodell des „Amtsmissbrauchs“. Hier wird ein Analyserahmen entfaltet, dessen Schwerpunkt auf den drei Faktoren von Amt, Freiwilligkeit und Reziprozitätsunterstellungen der korrupten Akteure liegt. Korruption wird hier als der bewusst angestrebte „Verkauf“ von Leistungen durch einen Amtsträger zu dessen persönlicher Bereicherung konzipiert. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass Akteure freiwillig handeln und autonom entscheiden. Das Handeln eines Akteurs verläuft hierbei unter der Prämisse eines bewusst einkalkulierten Fehlverhaltens (Schadensbewusstsein). In dieser Lesart wird Korruption als individuelles Entscheidungsproblem gesehen, wobei gesellschaftliche, kulturelle und vor allem organisationale Mechanismen und Einflüsse (zunächst) in der Konstruktion des Korruptionsphänomens außer acht gelassen werden,

aber in die Beurteilung der Korruptionspraxis mit einfließen können. Diese korrespondiert mit dem Entscheidungskalkül korrupter Akteure, wobei vor allem dem Aspekt der Einstellung des Akteurs, den Normen seines Umfeldes sowie seinen Kontrollüberzeugungen eine besondere Bedeutung eingeräumt wird (Rabl 2008).

Diese inhaltlichen Zuschnitte führen einige Implikationen mit sich, die mit einigen Problemen und Verkürzungen behaftet sind: Neben der grundsätzlichen Frage, inwieweit man Handeln überhaupt als regelgeleitet betrachten kann (oder doch eher als regelorientiert), wird zugleich das Problem mit aufgeworfen, ob mit einer derartigen Analysestrategie nicht jede Form devianten Verhaltens (und damit auch gewünschte Innovationen) in den Dunstkreis von Korruption gerät. Unbeantwortet bleibt auch die Frage, wer über Art und Ausmaß der Devianz zu befinden hat: gesellschaftliche Werte oder Konsensunterstellungen, Journalisten, die imaginäre Öffentlichkeit oder gar Juristen bzw. Gerichte? Auch bleibt die zeitliche Dimension unterreflektiert. Wie reagiert man bspw., wenn Geben und Nehmen zeitlich so weit entfernt sind, dass eine Zuordnung zu einander kaum möglich ist (Scheuch 2003) oder sich die Gaben lediglich in Vorstellungen künftiger Ereignisse realisieren – so möglicherweise gestiegener Karrierechancen? Diese offenen Fragen deuten jeweils darauf hin, dass soziale und gesellschaftliche Prozesse in die vom Akteur zu kalkulierenden Situationsdeutungen hinein verlegt werden.

Bereits bei Max Weber (1999 [1919]) findet sich dieses Spannungsverhältnis zwischen der Binnenwelt des Politikers und der ihn umgebenden Welt. In einer unvollkommenen Welt (mit unvollkommenen Menschen und Institutionen) gibt es keine Garantie für die richtigen und guten Folgen der Handlung. Die sich daraus für Weber ergebende Forderung einer Verantwortungsethik führt schließlich auch dazu, dass man stets bereit sein muss, auch einen Pakt mit ‚diabolischen Kräften‘ zu schließen. Mit der Übernahme der Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns werden konstitutive gesellschaftliche Probleme zu ganz praktischen alltagsweltlichen Problemen des Einzelnen, der diese individuell bearbeiten muss. Diese Ansprüche an die individuelle Verarbeitung gesellschaftlicher Defizite sind nur kaum erfüllbar, wie die Krise in Max Webers Leben und Schaffen verdeutlicht hat, aber funktional außerordentlich folgenreich. Bezogen auf das schon angesprochene Problem des Sozialsystems der Politik liegt die Lösung aus seiner Sicht in der Verlagerung in die nur ethisch zu steuernde Binnenwelt des Politikers. Das Soziale schrumpft gewissermaßen zusammen. Es kann ausschließlich in den motivational angesteuerten Handlungen des Einzelnen zur Geltung gelangen. Die individuellen⁶ und kollektiven Konsequenzen⁷, die mit dieser beeindruckenden Zuspitzung wohl noch immer missverstanden werden müssen, vernachlässigend, kommt es im Moment mehr darauf an, auf die noch immer anschlussfähige Vorstellung zu verweisen. Weber sieht als einzigen Ausweg, die paradoxen Probleme politischer Ratio-

⁶ Vgl. hierzu die aufschlussreichen Ausführungen von Emil Walter-Busch (1996: 104ff.) zum Verhältnis geistes- und lebensgeschichtlicher Hintergründe mit der von Max Weber vorgelegten Handlungstheorie.

⁷ Siehe hierzu u. a. Noack (1998).

nalierungsprozesse in die motivational und ethisch geleitete Binnenwelt überforderter politischer Akteure zu legen, mit der Nebenfolge, eine zunehmende Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, mit all den verbundenen Konsequenzen, beklagen zu müssen (siehe Walter-Busch 1996: 84ff.).⁸

Wir treffen nicht nur hier auf eine unangemessene normative Überhöhung, d. h. auf Perfektionsvorstellungen, die regelkonformes Handeln erwarten und (nicht zu vermeidende) Abweichungen den inkompetenten oder gar korrupten Akteuren zurechnen. Nicht zu unterschätzen sind in diesem Zusammenhang die Beiträge einer massenmedial aufbereiteten und verstärkten Moral- und Skandalisierungskommunikation. Wirksam sind auch die Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Akteure sowie Prozesse der sozialen Institutionalisierung in Form aktueller Governance-Strategien, was man am Bedeutungszuwachs einschlägig tätiger NGOs oder der Bildung neuer staatlicher und transnationaler Behörden ablesen kann. An diese gesellschaftliche Entwicklung einer inhaltlichen und strukturellen Institutionalisierung des Korruptionsthemas dockt sich schließlich eine dritte Perspektive an, die sich öffentlich als funktionale Metaphorisierung und wissenschaftlich als Wahrnehmungs- und Bewertungsproblem bemerkbar macht (Giannakopoulos/Tänzler 2009; Tänzler 2008). Erschwert wird die Beschäftigung mit Korruption folglich nicht zuletzt dadurch, dass der öffentliche und auch wissenschaftliche Diskurs von unhaltbaren Vorstellungen ausgehen und sie sich in Folge enttäuschter Erwartungen nur noch über Moralkommunikation abzarbeiten in der Lage sind. Bereits der Begriff transportiert die implizite Vorstellung eines unerwünschten, verwerflichen oder kriminellen Verhaltens. Die Auseinandersetzung um die Abgrenzung des Begriffs wird damit zum Streitpunkt um die Grenzen legitimen Handelns, der schließlich auf der Basis des zugrundegelegten – aber nur selten reflektierten – Sozialmodells bearbeitet und beantwortet wird.

Verschärfend kommt hinzu, dass auch im wissenschaftlichen Kontext moralische Bewertungen reproduziert⁹ werden (Henning 2005), die sich aber mit einer differenzierten Analyse sozialer Prozesse durchaus dekonstruieren lassen. Zunächst fällt auf, dass aufgedeckte Korruptionsfälle oder auch nur die Diskussion über Korruption „harte“ moralische Urteile provozieren. Zum einen ist hier ein Abwehrmechanismus zu vermuten, der im Rahmen der funktionalen Differenzierung institutionalisiert wurde und als Sperrvorrichtung Reflexion unterbindet. In Form einer Begleitsemantik wird markiert – nicht selten in langen Auseinandersetzungen –, was als erlaubt und was als korrupt gilt. Zum anderen wirkt die auf Skandalisierung setzende Moralkommunikation¹⁰ (vgl. Treml 1998: 251; Raith 1996: 15ff.) als Aufmerk-

⁸ Ihn interessierten bekanntlich auch die Folgen demokratischer und bürokratischer Rationalisierung von Politik, vor allem die Frage, welche sie für die Selektivität der Institutionen hinsichtlich der Führungsausleseprozesse und Sozialisierungen des politischen Personals hatten.

⁹ So meint Alemann (2007: 193), die Korruption „führt zu einem Verderben der Ethik und Moral einer Gesellschaft“ und betont ausdrücklich sie wäre „grundsätzlich von Übel“.

¹⁰ „Wer die Korruption verurteilt, kann sich auf allgemeine, also in jedem Einzelfall unrealistische Prinzipien berufen. Daher wissen diejenigen, die sich korrumpieren lassen, immer die besseren Gründe auf ihrer Seite. Aber sie können diese besseren Gründe nicht kommunizieren, weil es sich um hochgradig lokale und individuelle, eben empirisch begründete Gründe handelt, von denen wir gewohnt sind, sie auf bloßes Eigeninteresse zurückzurechnen und deswegen für ver-

samkeitsanker, der eine temporär angelegte Beschäftigung im Sinne eines öffentlich Abreagierens darstellt, wobei in den meisten Fällen schon nach kurzer Zeit der allgemeinen Aufregung zur Tagesordnung übergegangen werden kann. Angesichts der praktischen Ausrichtung vieler beteiligter Disziplinen (Strafrecht, Kriminologie, Verwaltungswissenschaft, aber v. a. Ökonomie) ist dies auch durchaus nachvollziehbar¹¹, sollte jedoch durch alternative Perspektiven ergänzt werden. Daraus ergibt sich auch die Forderung von Jansen (2005) und Henning (2005) nach einer Entmoralisierung des Korruptionsdiskurses.

3. Vernetzungseffekte sozialer Mikrostrukturen

Notwendig ist eine Strategie der Entmoralisierung. Diesen Strategiewechsel interpretieren wir als Erfordernis einer Soziologisierung des Korruptionsdiskurses, den wir aber in einigen Hinsichten anders wenden als beispielsweise Giannakopolous und Tänzler (2009). Wir folgen dem Vorschlag, stärker die Relevanz semantischer Legitimationsstrategien bei der gesellschaftlichen Kreation des Korruptionsproblems einzurechnen. Daraus ergibt sich aber nicht, dass wir es mit einem Problem zu tun haben, dass sich ausschließlich auf der Ebene der von Akteuren vorzunehmenden Bewertung sozialen Handelns abzuspielen habe und folglich keinerlei Berührungspunkte mit strukturellen Lagen und gesellschaftlichen Veränderungen hätte (so aber Tänzler 2008: 80). Ausgehend vom Befund der Verklammerung struktureller und semantischer Sinn-Prozesse müsste es künftig stärker darum gehen, den strukturellen Bedingungen von Korruption und ihrer gesellschaftlichen Verarbeitung nachzugehen. Hierbei wird es wohl wenig bringen, sich an die phänomenalen Deutungen der Akteure zu halten; vor allem deshalb, weil ihnen der Zugang zu strukturellen, funktionalen und vor allem systemischen Zusammenhängen systematisch verstellt ist (siehe hierzu Aderhold/Kranz 2007, Kranz 2009).

Dabei dienen uns zwei Überlegungen als Ausgangspunkt: Erstens lohnt ein Rückblick auf die Funktionsweise archaischer Gesellschaften, um fragen zu können, inwieweit die moderne Erwartung einer klar vorzunehmenden Trennung persönlicher und unpersönlicher Beziehungen überhaupt angemessen zu treffen ist. In diesem Zusammenhang stellt sich dann auch die Frage, inwiefern Prozesse der Netzwerkbildung tatsächlich auf Absichten einzelner Akteure oder auf partikular fokussierte Kulturmuster vormoderner Sozialstrukturen zurückführbar sind, oder ob Netzwerke nicht vielmehr – und zwar unabhängig vom Modernitätsgrad – ein unausweichliches Nebenprodukt sozialer Strukturbildung darstellen. Darüber hinaus kann man aber durchaus im Anschluss an die beiden oben beschriebenen Perspektiven der Korruptionsforschung fragen, an welchen Punkten Beziehungsnetzwerke auf Kosten der Ziele der Organisationen und Institutionen arbeiten und auf diese Weise korrupte Züge annehmen.

dächtig zu halten, obwohl doch auf einer wiederum prinzipiellen Ebene das Eigeninteresse in unserer Gesellschaft das letzte Wort hat.“ (Baecker 2000: 14)

¹¹ Der Großteil der Korruptionsforschung versucht schließlich berechtigter Weise neben einer Analyse auch Wege zur Korruptionsprävention oder -bekämpfung zu finden.

Zweitens sind die Entscheidungsabhängigkeit der Akteure und die hiermit einhergehende Relevanz von Organisationen zur Kenntnis zu nehmen. Nicht nur in dieser Hinsicht wird man sich von der idealistischen Erwartung lösen müssen, formale Rationalität und die Praxis der Organisation bzw. des Handelns in Organisationen wären identisch. Rationalität in Reinform kann es unter Bedingungen der Nebenfolgenproblematik intentionalen Handelns oder der Systemik sozialer Vorgänge nicht geben (vgl. u.a. March 1990; Brunsson 1985), so dass man sich fragen muss, inwiefern die hiermit einhergehenden Grauzonen, Intransparenzen und Irrationalitäten tatsächlich in die Prämissen der Korruptionsforschung mit eingehen. Auch sollte man sich von der Vorstellung trennen, Korruption könne gänzlich verhindert, ausgeschlossen oder gar ‚ausgemerzt‘ werden. Vielmehr wird als Frage künftiger Korruptionsforschung und -bekämpfung im Zentrum stehen müssen, welches Ausmaß aushaltbar ist und auf welchem Wege funktionale und wie auch dysfunktionale Begrenzungen möglich und stabilisierbar sind.

Betrachtet man den bisherigen Diskussionstand, so fällt sofort eine allzu schnell vollzogene Identifikation und Gleichsetzung von Korruption mit Vernetzung und der Funktionsweise persönlicher Netzwerke auf. Korruption über Netzwerke wird in diesem Sinn häufig als die ausgeprägteste Form von Korruption beschrieben. Vor allem im Kontext akteurszentrierter Ansätze finden sich typologische Zuschnitte, die von einer impliziten Steigerung von Bagatell- oder Gelegenheitskorruption über gewachsene (korrupte) Beziehungen bis zur Netzwerkkorruption ausgehen (vgl. Bannenberg 2003, Kabalak 2005).

Mit Dirk Baecker (2000: 14) gesprochen, handelt es sich im Fall von Korruption um eine Vernetzungstechnik zwischen verschiedenen Systemen, die „auf Entscheidungen Einfluss“ nimmt, „auf die nach der jeweiligen Systemlogik von außen gar kein Einfluss genommen werden kann“. Mit der Ausdifferenzierung des Rechtssystems und der Durchsetzung des modernen Rechtsstaates konnte eine Lage¹² geschaffen werden, an der sich normgebende Institutionen bei ihren Entscheidungen orientieren müssen. Entscheidend ist, dass beispielsweise die Verfahren der Rechtssprechung zur „Konsistenz des Entscheidens“ angehalten sind (Luhmann 1993a: 227). Das heißt nichts anderes, als dass gleich liegende Fälle gleich und ungleich liegende Fälle ungleich zu behandeln sind. Die Norm der Reziprozität, das heißt die für Tauschbeziehungen charakteristische Formel, für empfangene Leistungen mit entsprechenden Gegenleistungen zu antworten, wird – soweit sich die soziale Praxis auch daran hält – formal außer Kraft gesetzt. Und doch gelingt es immer wieder, die Rationalität der Funktionssysteme oder die Formalerwartungen der Organisationen zu unterlaufen. Diese Rationalitätsbrüche – die nicht in jedem Fall mit Korruption einhergehen müssen – erklären sich aus der Binnenlogik sozialer Institutionen, die einerseits mit der Funktionsweise sozialer Prozesse im Allgemeinen und der von Organisationen im Beson-

¹² „Ein Rechtsfall hat seine Einheit jeweils im Bezug auf bestimmte, zu interpretierende Textstellen und im Verhältnis der beiden Parteien, deren Konflikt nach einer Entscheidung verlangt.“ (Luhmann 1993a: 227)

deren zu tun haben. Um anzudeuten, auf welche sozialen Mechanismen wir hier anspielen, lohnt sich ein Blick zurück in die soziale Welt archaischer Verhältnisse.

Von besonderer Bedeutung ist die von Marcel Mauss (1996 [1924]) vorgelegte Studie „Die Gabe“. Diese geht der Frage nach, wie der Austausch beziehungsweise die Beziehungen, die im sozialen Austausch archaischer Gemeinschaften eine Rolle spielen, zu verstehen sind. Auf zwei netzwerkrelevante Aspekte ist hinzuweisen. Zum einen sind die Schilderungen hervorzuheben, die sich mit den Vorgängen der Erwidernung beschäftigen. Gezeigt wird, wie eine Institutionalisierung von Verpflichtungen gelingt. Zum anderen wird deutlich, dass persönliche Beziehungen nicht losgelöst von anderweitig eingebetteten Sozialbeziehungen, das heißt von sozialen Setzungen, zu denken sind.

Mauss beginnt mit der Beobachtung, dass in verschiedensten kulturellen Zusammenhängen der Austausch zwischen Menschen und Gruppen nicht selten in Form von Geschenken abgewickelt wird. Das eigentlich Verblüffende an dieser altruistisch anmutenden Vorgehensweise der von ihm untersuchten Akteure sieht er in ihrer paradoxen Struktur. Die Gabe der Geschenke erfolgt auf den ersten Blick freiwillig, sowohl was den Gebenden als auch den Nehmenden anbelangt, zumindest theoretisch, denn die Gabe kann schlechterdings nicht abgelehnt werden. Sie unterliegt zugleich der Erwartung der Erwidernung. Die Frage nach dem Grund der Erwidernung, die Marcel Mauss zum Leitproblem seiner ethnologischen Untersuchungen macht, mündet in eine noch heute aktuelle Herausforderung, die all diejenigen interessieren dürfte, die sich gegenwärtig mit den Erfordernissen von Unternehmensnetzwerken, virtuellen Arbeitsstrukturen sowie politischen Verhandlungssystemen konfrontiert sehen (vgl. u. a. Aderhold/Wetzel/Meyer 2005).

Ausgehend von der Erforschung archaischer Formen des Vertrages, gelangt Mauss zu einer interessanten These. In den unserer Wirtschafts- und Rechtsordnung fremd anmutenden Gesellschaften (zum Beispiel Polynesiens) ist der Tausch nicht so strukturiert, dass er nur zwischen einzelnen Individuen stattfindet. Die Personen, die eine gegenseitig verpflichtende Tauschbeziehung eingehen, sind mit seinen Worten „moralische Personen“ (Mauss 1996). Sie treten unter dem Titel der moralischen Orientierung als Repräsentanten von Clans, Stämmen oder Familien auf, die untereinander Leistungen und Gegenstände tauschen.

Die reichhaltigen Gedanken von Marcel Mauss finden im Strukturalismus von Claude Lévi-Strauss (1993 [1948]) ihren Niederschlag. Für Lévi-Strauss beruht das gesellschaftliche Leben einerseits auf sozialen Tauschverhältnissen und andererseits auf der Sprache als sozialer Klammer der gesellschaftlichen Ordnung. Drei Formen des sozialen Austausches werden unterschieden. Am offenkundigsten ist der Austausch von Frauen, der die Grundlage zu einem komplexen Verwandtschaftssystem legt, sowie der Austausch von Dingen, Gütern und Leistungen, der das ökonomische System etabliert. Beide Tausch-

formen sind aber nur möglich, soweit der Austausch von Mitteilungen durch den Gebrauch der Sprache abgesichert ist. Die sozial relevante Geltung drückt sich darin aus, nichtverbundene beziehungsweise sozial getrennte Menschen oder Menschengruppen miteinander zu verbinden. Die Besonderheit dieser Tauschbeziehungen wird darin gesehen, dass es durch sie möglich wird, bisher geltende Beziehungsgrenzen über neu etablierte Tauschverhältnisse zu überschreiten. Der verwandtschaftsstiftende Tausch von Frauen nimmt die Form eines Zyklus an. Er bedient sich einer komplexeren sozialen Struktur oder setzt diese vielmehr voraus. Lévi-Strauss spricht in diesem Fall von der Formel eines verallgemeinerten Tauschs, der den Ursprung verwandtschaftlicher Beziehungen darstellt und zugleich auch als regulierendes Faktum der konstituierten Verwandtschaftsverhältnisse fungiert (vgl. Lévi-Strauss 1993: 334).

Wenden wir unseren Blick auf die Gegenwartsgesellschaft: An der Funktionsweise sozialer Netzwerke hat sich wenig geändert. Tauschnetzwerke, als eine spezielle Form, regeln Ressourcenverteilung und -zugriffschancen. Sie entstehen vor allem dann, wenn Kontakte, die bestimmte ansprechbare Möglichkeiten (soziale Adressen) repräsentieren, auf andere Kontaktpartner beziehungsweise ihre Potentiale bezogen werden, „und zwar im Hinblick auf die mit ihrer Kombination erzeugten Potentiale“ (Tacke 2000: 306). Verändert haben sich jedoch die gesellschaftlichen Grundlagen: Soziale Netzwerke, die auf der Basis reziproker Tauschstrukturen operieren, müssten unter den Verhältnissen einer funktional differenzierten Gesellschaft eigentlich unwahrscheinlich sein – das heißt sie müssen sich gegenüber den funktionalen Strukturen erfolgreich behaupten (vgl. Aderhold/Wetzel 2009).

Wir stoßen aber auf den irritierenden Befund, dass sich in der modernen Weltgesellschaft zahlreiche Kommunikationsbereiche finden, in denen die funktionale Differenzierung Einzug gehalten hat, die sich aber durch ihre faktischen Vollzüge ihrer ‚modernen Segnungen‘ auf besondere Weise entziehen. Funktionale Differenzierung ist folglich nicht so zu verstehen, dass an allen Orten der Welt die gleichen Zustände vorherrschen, beziehungsweise alle Ereignisse durch diese Differenzierung beeinflusst werden. Vielmehr führt die Adaption funktionaler Differenzierung zu höchst unterschiedlichen Ergebnissen.

Luhmann (1995a) diskutiert dies für den Fall Süditaliens exemplarisch¹³. Aber nicht nur dort ist es gelungen, ansprechbare Ressourcen (Kontakte) von Stratifikation auf Organisation zu überführen. Die netzwerkbildende Ansprechbarkeit¹⁴ findet ihre Anhaltspunkte nicht mehr nur in traditional verankerten Institutionen, wie im Eigentum, im Prestige der Familie oder in der Verpflichtung durch Herkunft. Vielmehr werden Ressourcen abgefragt, die an den von Organisationen ausgewiesenen Positionen ab-

¹³ Dieser Befund, wonach sich Auswirkungen struktureller Kopplungen von Funktionssystemen aufgrund regionaler Bedingungen zu höchst unterschiedlichen Musterlösungen verketteten, kann hier nur konstatiert, aber nicht weiter ausgeführt werden (siehe Braczyk/Heidenreich 1998; Luhmann 1997: 807).

¹⁴ Je verbreiteter die Erwartungslage ist, dass eine Bitte um eine kleine Gefälligkeit kaum abgelehnt werden kann, desto eher sind Netzwerke dieser Art in der Lage, selbst mit Exklusion zu drohen (Luhmann 1995b: 252). Man kann nicht ablehnen, wenn man selbst noch dazugehören möchte.

gelesen werden können. Das soziale System der Organisation kann anscheinend Signale zur Verfügung stellen, „die als Symbole für allgemeine soziale Kompetenzen verwendet werden können“ (ebenda: 22). Diese von der Organisation kaum gewollte Bereitstellung versteht sich nicht von selbst. Entsprechende Voraussetzungen für die Öffnung der Organisation sowie für nicht vorgesehene Zugänge müssen im Netzwerk selbst durch ständige Bereitschaft des „Nehmens und Gebens“ erarbeitet, „verdient“ und reproduziert werden. Angriffspunkte bieten die in allen kommunikativen Prozessen mitlaufenden sinnhaften Verweisungsmöglichkeiten auf entsprechende Adressaten (ressourcenverwaltende Personen). Zugleich wird vorausgesetzt, dass Zugänge zur Person und nicht zum Amt in irgendeiner Form, entweder über „friends of friends“-Konstellationen, über Makler, über verwandtschaftliche oder außerberuflich etablierte Verbindungen, hergestellt werden können.

Ihre Stabilität gewinnen die auf Vermittlerdienste und Gefälligkeiten angewiesenen Netzwerkstrukturen, in dem sie eigene Mechanismen der Inklusion und Exklusion etablieren und querliegend zu den Strukturen der funktionalen Differenzierung auf Dauer stabilisieren können. Hervorzuheben ist jedoch, dass wir es nicht in jedem Fall mit illegitimen, korrupten oder kriminellen Strukturen zu tun haben. Vielmehr müssen Formen sozialer Informalität als unausweichliche, d. h. ständige Begleiterscheinung jeder sozialen Praxis angesehen werden. Sofern man diesen verwirrenden und für Intransparenz sorgenden Sachverhalt einrechnet, müsste es darum gehen, die Grenzstellen herauszuarbeiten, an denen eine als normal (als korruptionsfrei) angesehene in eine korrupte Praxis umkippt. Wir werden versuchen, bezogen auf Netzwerke, erste Hinweise zu geben, werden aber im Anschluss mit der Feststellung, dass sich auf der Basis eines forcierten Institutionenumbaus erneute Schwierigkeiten auftun, für weitere Verwirrung sorgen.

Die hier interessierenden Beziehungsmuster zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass korruptes Handeln durch einen Rückgriff auf bestehende Netzwerkbeziehungen wahrscheinlicher wird. Wichtiger erscheint uns aber die andere Wirkungsrichtung. Gelungene Korruption eignet sich besonders gut für den Aufbau stabiler, langfristig funktionierender Netzwerke. Anfangs noch leicht gewährte Vorteile stiften Verbindlichkeiten, die nicht nur von den Beteiligten, sondern unter Umständen auch von bisher unbeteiligten Dritten genutzt werden können. Die besondere Problematik besteht nun darin, dass man es hier mit einer Eigendynamik zu tun hat, die zu Beginn nicht in jedem Fall vorauszusehen ist. Denn am Anfang derartiger Beziehungen¹⁵ stehen nicht selten kleinere Aufmerksamkeiten, das Anerkennungsgeheimnis, welches zur notwendigen Pflege sowohl der bürokratischen und politischen Landschaft, wie der Verhältnisse zu anderen Firmen „mit denen man Geschäftskontakte hat oder haben möchte, so ein Ma-

¹⁵ Dyadisch angelegte Patron-Klient-Verhältnisse bilden die sozialen Elementareinheiten, die in vielen illegal wirkenden Netzwerken komplex miteinander verknüpft werden. Einerseits wird in der Interaktion Öffentlichkeit ausgeschlossen, andererseits gelingt es, eine auf Dauer und Verpflichtung angelegte, über die einzelne Zweierbeziehung hinausgehende Struktur zu etablieren.

nager aus dem Hochtaunuskreis vor dem Staatsanwalt“ (Raith 1996: 24f.), gehört. Auch wenn es nicht sofort zu einer begünstigenden Handlung kommt, kann der Begünstigte zu einem späteren Zeitpunkt auf die ihm gewährte Aufmerksamkeit verweisen, wobei spätestens hier über den weiteren Verlauf der Beziehung entschieden wird. Noch kann es darum gehen, die Ermessensspielräume in der einen oder anderen Richtung auszuloten. Dieser Einstieg öffnet jedoch das Tor für die auf Dauer angelegte, auf wechselseitige Bevorzugung oder Vorteilsnahme angelegte Tauschbeziehung, die erst in einem späteren Stadium dazu übergeht, anderen Schaden zuzufügen, und sei es nur, indem die allgemeine Norm der Gleichbehandlung außer Kraft gesetzt wird.

Netzwerke haben dann nicht selten den Effekt, auf Kosten funktionssystemspezifischer Rationalitätchancen zu arbeiten (Luhmann 1995c: 255). Dass sich Netzwerkbildung dabei nicht nur im Rahmen gewünschter oder legaler Praktiken bewegt, zeigen die in der Öffentlichkeit hin und wieder auflebenden Skandale um Bestechungs- und Korruptionsvorwürfe. Die mit der Umstellung auf funktionale Differenzierung einhergehende Verlagerung von Inklusion/Exklusion von der Gesellschaft auf ihre Organisationen führt dazu, dass Entscheidungen über Inklusion nicht selten an jenes legale/illegale Handlungsvermögen geknüpft werden, welches durch Organisationspositionen zu vergeben ist (ebenda: 251). Als besonders anfällig erweisen sich in diesem Zusammenhang Personen, die mit politischer Entscheidungsmacht ausgestattet sind, wobei dem Umfang der zu kontrollierenden Ressourcen¹⁶ eine zentrale Bedeutung beizumessen ist.

Je nachdem, ob die Person als Individuum oder als Positionsinhaber der Organisation angesprochen wird, beziehungsweise sich ansprechen lässt, wird entschieden, ob die fallweise vorliegende persönliche Bekanntschaft in legaler oder illegaler Weise genutzt wird. Diese auf Ad-hoc-Basis laufenden Beziehungen entziehen sich dem organisatorischen Zugriff. Sie „lassen sich nicht reformieren, nicht organisieren, nicht zentralisieren“, was sie in den Status der Unangreifbarkeit versetzt (ebenda: 255). Ein Aufbrechen ist faktisch nur von innen heraus denkbar, wobei einem Ausstieg das Risiko der Exklusion aus dem Leistungsbereich sowie der Bindungswirkung der bisherigen (illegalen) Praxis entgegenstehen dürfte.

Auf Korruption setzende Interaktionen sind anlassgesteuert. Nur wenn es gilt, bestimmte Entscheidungen zu treffen, oder wenn Informationen beschafft werden müssen, wird beispielsweise der Kontakt zum vertrauten Verwaltungsbeamten oder zum Kommunalpolitiker hergestellt. Weiterhin bleibt festzuhalten, dass die interaktionsnah verlaufenden Tauschvorgänge themenübergreifend angelegt sind.

¹⁶ So ist beispielsweise das in Malta anzutreffende System des Klientelismus deshalb so erfolgreich, weil hier ein Großteil der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen über staatliche Instanzen abgewickelt wird. Beispielsweise werden nicht nur 43% aller Arbeitsplätze, sondern auch Leistungen, wie Reiseführer- oder Importlizenzen, von den jeweiligen staatlich zuständigen Organisationen kontrolliert (Bestler 1997: 150f.). Nicht weniger problematisch ist die Konstellation in Südtalien, wo bei einer Staatsquote von 70 Prozent der politische Einfluss den „Schlüssel zu Wohlstand und Macht“ darstellt (Stille 1997: 17).

Die ansprechbaren und netzwerkstituierenden Kontakte¹⁷ lassen sich in beide Richtungen – der bisher Begünstigte wird zum Vorteilsgeber – nutzbringend und über verschiedenste sachliche Anliegen hinweg verwenden. Gelingt es, ein nach außen hin legitim wirkendes „System der wechselseitigen Begünstigungen“ zu installieren, kann die bisher beschränkte Anzahl beteiligter Akteure deutlich erweitert werden. Wie Scheuch und Scheuch (1992, sowie Scheuch 2003) am Beispiel des Kölner Klüngels anschaulich belegen, konnte sich zwischen den unterschiedlichen und eigentlich konkurrierenden Parteien ein weit verzweigter „Absprachemodus“ etablieren, der unter anderem dadurch offiziell legitimiert wird, dass es den jeweils „genehmen“ Politikern nicht zuzumuten ist, ohne entsprechende Vergünstigungen (zum Beispiel Pensionszusagen, Übernahme von Aufsichtsratsmandaten in kommunal geführten Unternehmen) politische Mandate mit zeitlicher Befristung zu übernehmen¹⁸.

Wie bereits erwähnt, bieten kommunikative Prozesse, in Form ihrer impliziten Verweisungsmöglichkeiten, per se potentielle Zugänge zu relevanten, ressourcenverwaltenden Akteuren. Was jetzt hinzukommen muss, sind Gelegenheiten und eine in der konkreten Interaktion an den Tag gelegte Geschicklichkeit, seinen Wunsch oder sein Anliegen vorzutragen. Ansprechbare „Patrone“ sind aber nur die eine Seite. Der Bezugspunkt ist daher in die Interaktion oder in eine Interaktionsgeschichte zwischen dem Repräsentanten der Organisation und der externen Person zu verlegen. Um über die normalerweise geltende Behandlung und Verfahrensweise hinauszugelangen, wird nicht selten der Weg gesucht, die üblicherweise gepflegte hochgradige Selektivität von Interaktion im Kontext von Grenzstellenkommunikation aufzubrechen, indem die Relevanz individueller Aspekte eingefügt wird, die ansonsten keine Rolle spielt. Das Interesse muss (noch) verdeckt bleiben, sonst wäre es zu offensichtlich und damit für den Adressaten unmöglich, auch wenn er wollte, entsprechend umzulenken.¹⁹

Das Geschick liegt u. U. darin, die Eindeutigkeit der Vorgehensweise zu vermeiden. Sie muss dem Gegenüber offerieren, dass er auf das Angebot einer als freundlich oder gar als freundschaftlich deklarierten Interaktion ohne größere Verbindlichkeiten eingehen kann. Hier fällt es selbst für den außenstehenden Beobachter schwer, die Grenze zum Illegitimen zu ziehen. Noch schwerer dürfte es für die Betei-

¹⁷ Über Umfang und Qualität ansprechbarer Leistungen sowie weiterer Möglichkeiten entscheidet die Art der Kontakte. Es macht einen Unterschied, auf welcher hierarchischen Ebene sich der anzusprechende Amtsträger befindet. Zudem ist nicht davon auszugehen, dass alle Gespräche zwischen Amtsträgern und Bürgern als netzwerkrelevante Kontakte gelten können. Zu „einem Kontakt wird nur, was im *Netzwerk der Kontakte* als ein möglicher Kontakt festgehalten und zur Geltung gebracht wird. Das ist der Grund dafür, dass man meist erst in weiteren Kontakten merkt, dass man dort über Kontakte verfügt, wo man bisher nur zu interagieren gewohnt war.“ (Baecker 2001: 11, Hervorhebung im Original)

¹⁸ „Anfang 1987 vereinbarten die Fraktionsgeschäftsführer von SPD und CDU, Toni Klefisch und Helmut Haumann, einerseits sowie ÖTV-Geschäftsführer Heinz Schürheck und Arbeitnehmervertreter der Betriebe andererseits, daß die nächsten vier zu besetzenden hochdotierten Positionen in den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, den Verkehrsbetrieben und den Stadtwerken paritätisch an Politiker gehen sollten, die CDU und SPD vorschlugen. Für diese Personalschlüsse war die Zustimmung von Gewerkschaft und Betriebsrat zu gewinnen, indem man ihnen die Besetzung der Arbeitsdirektorenposten überließ.“ (Scheuch/Scheuch 1992: 89)

¹⁹ Da jede Interaktionssituation von doppelter Kontingenz geprägt ist, dürften Situationen, in denen Beteiligte ihre positions- und funktionswidrigen Intentionen sofort preisgeben unwahrscheinlich sein. Dennoch mag dies vorkommen, sofern ein gewisses Vorwissen der Beteiligten (bspw. über die Bestechlichkeit eines spezifischen Positionsinhabers) Unsicherheiten reduziert.

ligten²⁰ selbst sein. Ist es nur ein Akt der Höflichkeit, dass die persönlichen Vorlieben, zum Beispiel eine bestimmte Automarke oder klassische Musik zu favorisieren, als interessant herausgestellt werden, oder verbirgt sich hier die Strategie, eine „persönliche Bindung“ zu etablieren, aus der man über die sonst zur Verfügung stehenden Möglichkeiten hinausgehend partizipieren kann? Nicht selten liegt es schließlich auch im Interesse der Organisation, gerade die Grenzstellen mit Geschick und mit Handlungsspielräumen auszustatten, um über etablierte „persönliche Kontakte“ nach außen hin eigene Vorteile zu generieren.

Die Organisation, beziehungsweise deren Umgang mit entsprechenden Amtsträgern, spielt hier eine nicht unerhebliche Rolle, wobei es – wie wir gleich sehen werden – gerade auch im besonderen Interesse der Organisation (hier des Staates) liegt, vom „nicht intendierten“ Aufbau loyaler Außenbeziehungen selbst zu profitieren sowie den gesellschaftlichen Veränderungen durch den Umbau institutionalisierter Entscheidungsprozesse Rechnung zu tragen.

4. Policy-Netzwerke als forciertes Institutionenumbau im Kontext komplexer Entscheidungsprozesse

Vielschichtige Prozesse gesellschaftlicher Ausdifferenzierung haben autonom operierende Funktionssysteme hervorgebracht, mit der Folge höchst unterschiedlicher Entwicklungsdynamiken in den jeweiligen Teilsystemen. Zugleich ist nicht zu übersehen, dass diese gesellschaftlichen Funktionsbereiche „in erheblicher Weise aufeinander einwirken und sich die Welt der ‚anderen Seite‘ übersetzend aneignen“ (Nassehi 2004: 28). Die hiermit verbundenen Optionssteigerungen werden vor allem vor dem Hintergrund ausfallender Zentralsteuerungen zum Problem.

Integrationsprobleme ganz neuer Art entstehen vor allem deshalb, weil die moderne Gesellschaft ihre Kommunikationsbereiche in inkompatible „Realitätskonstruktionen“ zerlegt (Fuchs 1992: 11). Kontextwechsel verlaufen nicht ohne Verlust von Information und nicht ohne Veränderung von Sinn. Politische Ambitionen können nicht ohne Weiteres zielkonform Einfluss auf Erziehung, Wirtschaft oder etwa Kunst nehmen. Die gesellschaftlichen Teilsysteme konzentrieren sich primär auf die Verarbeitung der eigenen hochspezifischen Problemlagen. Erfordernisse anderer Systeme erscheinen im Normalfall

²⁰ Die Organisation kann und will in vielen Fällen die Entstehung derartiger persönlich eingefärbter Bindungen nicht verhindern. Auf zwei Dinge möchten wir dabei hinweisen. Erstens wäre es nicht nur für Organisationen, die von Korruption betroffen sind, aufschlussreich, mehr über deren Entstehungsgeschichte zu erfahren, die (so ist zu vermuten) in den meisten Fällen äußerst harmlos beginnt. Zweitens stellt sich die Frage, ob die Organisation die potenziell gefährdeten Personen nicht zu sehr ihrem eigenen Geschick überlässt. Weiter gefragt heißt das: thematisieren Organisationen in ausreichender Weise die sie betreffende Problematik und unternehmen sie genügend Initiative, um die Personen analytisch als auch pragmatisch mit dieser komplexen und sich erst im Nachhinein deklarierenden Art von Interaktion vertraut zu machen? Gegen allzu optimistische Erwartungen sprechen die in der Wissenschaft hauptsächlich benutzten, zu einfach gebauten Interaktions- und Kommunikationsverständnisse und die über Beratung und Weiterbildung in den Organisationsalltag transportierten simplifizierenden Handhabungsregeln. Einen interessanten Ansatz, mittels wissenschaftlicher Begleitung in Organisationen selbstreflexive Prozesse anzustoßen, schlägt Carsten Stark (2008) in Form einer „Soziologischen Schwachstellenanalyse“ vor.

nicht auf dem systemeigenen Monitor, und wenn doch, stehen keine adäquaten Bearbeitungsweisen im Sinne systemübergreifender Durchgriffschancen zur Verfügung.

Vor allem sind es institutionalisierte Policy-Netzwerke, die auf die hierdurch forcierten komplexen Steuerungsprobleme der modernen Gesellschaft reagieren. Ein Policy-Netzwerk²¹ kann „als Zusammenwirken der unterschiedlichsten exekutiven, legislativen und gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen bei der Entstehung und Durchführung einer bestimmten Policy“ definiert werden (Windhoff-Héritier 1987: 45). Netzwerke sind in diesem Feld als Lösung auf Probleme politischer Entscheidungsfindung und -durchsetzung anzusehen. Genau in diesen sich einspielenden konsensorientierten Verhandlungssystemen des Korporatismus, in denen Netzwerksbeziehungen zunehmend wichtiger werden, kann ein (neues) – mit der Institutionalisierung von Policy-Netzwerken einhergehendes – Problem der Politik vermutet werden. Die Normierung und Produktion von Legitimation durch demokratisch legitimierte Entscheidungsfindung könnte durch die Übertragung staatlicher Aufgaben auf nichtstaatliche Akteure der politischen Arena (siehe zum Beispiel der Sozialpolitik von Winter 1997: 341ff.) und einer zunehmenden Aufspaltung von Entscheidungsverfahren oder gar der Entstehung und Vernetzung exklusiver Entscheidungszirkel zunehmend untergraben werden, da sich die Beteiligung an staatlicherseits geöffneten Entscheidungsverfahren nicht durch öffentlich zugängliche Wahlverfahren legitimieren kann.

Bereits über die Kriterien, die über die Teilnahme und Nichtteilnahme von organisierten Interessengruppen befinden, herrscht alles andere als Klarheit. Ein Rechtsanspruch wird kaum einzuklagen und durchzusetzen sein. Folglich überrascht es nicht, dass schon im Vorfeld der Konstituierung von Verhandlungssystemen die Frage auftaucht, wie, wo und warum entschieden wird, wer in welcher Weise an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren kann.

Das Aufkommen des Netzwerkgedankens im Politiksystem ist stark mit der Veränderung des Steuerungs- beziehungsweise Staatsverständnisses verknüpft. Die staatliche Souveränität und Steuerungsfähigkeit sieht sich offensichtlich mit Grenzen und Barrieren im politischen Entscheidungsprozess konfrontiert. Aufgrund der zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Verflechtung können Entscheidungen kaum noch im Alleingang getroffen werden.²² Diese Begrenzung ist das Ergebnis einer sowohl nach innen wie nach außen gerichteten Rückbindung.

²¹ Windhoff-Héritier verweist hier auf die Definition von Heclo. Diese Policy-Netzwerke, nicht selten auch als Issue-Netzwerke bezeichnet, „comprise a large number of participants with quite variable degrees of mutual commitment or of dependence on others in their environment; in fact it is almost impossible to say where a network leaves off and its environment begins“ (Heclo 1978: 102). Dagegen handelt es sich bei „Policy Communities“ um einen relativ deutlich abgegrenzten, stabilen Kreis von beteiligten Organisationen und Interessenverbänden, der nach außen hin deutlich konturiert ist (von Winter 1997: 345).

²² Aktuelle Ambitionen drücken sich in den komplexen Organisationsverflechtungen sowie in den hiermit einhergehenden zunehmend schwieriger gestaltenden Vorhaben der elektronischen Gesundheitskarte sowie des digitalen Personalausweises aus.

Politische Differenzierung führt wie im Fall der Bundesrepublik Deutschland zu einer Überschneidung von Bundes-, Landes- und Kommunalkompetenzen, die sich wechselseitig konditionieren oder gar blockieren können. Zudem wird staatliches Handeln durch die Einbindung nationaler Gesetzgebung in europäische und globale Regelungen, Gesetze, Verträge, Richtlinien und Standardisierungen neu kontextualisiert. Des Weiteren wird der auch öffentlich wahrgenommene Bedeutungszuwachs politisch relevanter Beziehungs- und Verhandlungsnetzwerke als ein Zeichen für die neue Schwäche des Staates gelesen, während durch den Einbezug neuer Perspektiven in Entscheidungsprozeduren zugleich das Maß verarbeiteter Komplexität erhöht wird, was wiederum die Entscheidungsfähigkeit des Staates nachhaltig stören könnte (Mayntz 1993: 41).

Diese möglicherweise noch kompensierbaren Steuerungsprobleme staatlicher Politik werden von veränderten Entscheidungslagen übertroffen, die auf umfassendere Strukturänderungen der Gesellschaft insgesamt zurückzuführen sind. Nicht nur die Debatte um riskante und gefährliche Folgen gesellschaftlicher Operationsweisen zeigt deutlich, dass mit der modernen Gesellschaft Probleme neuer Qualität entstanden sind, die mit bekannten Mitteln politischer Vorgehensweise kaum noch in den Griff zu bekommen sind (Bröchler 1996: 442). Ökologische Schäden, sowie Risiken und Gefährdungen durch die Ausbreitung neuer Hochtechnologien haben gemeinsam, dass die Folgeprobleme zeitlich, sachlich und sozial kaum mehr abgrenzbar erscheinen. Zudem ist eine Zurechnung auf schuldfähige Verursacher, die haftungstechnisch belangt werden können, immer schwerer zu leisten.

Ein gewisses Maß an kollektiver Handlungsfähigkeit von Politik lässt sich durch den Einbezug formal strukturierter Organisationen erhalten, welche „die Handlungen vieler Einzelpersonen koordinieren und damit große Quasi-Gruppen repräsentieren können“ (Mayntz 1993: 42). In diesem Zusammenhang ist vor allem der expansive Bedeutungszuwachs von Organisationen, vor allem außerhalb staatlicher Einflussphären, nicht mehr zu übersehen. Politik läuft unter Bedingungen der modernen Gesellschaft auf einen komplexen Entscheidungsprozess hinaus, in dem „eine Vielzahl von sowohl öffentlichen als auch privaten Organisationen eingebunden“ sind (ebenda: 40). Die Entstehung von Policy-Netzwerken wird damit in Verbindung gebracht, dass der „Staat seinen Charakter als hierarchisches Steuerungszentrum zunehmend verliert und sich politische Entscheidungsprozesse immer mehr in spezialisierte, auf einzelne Sektoren bezogene Gremien verlagern“ (von Winter 1997: 344). Gleichzeitig diffundieren nichtstaatliche Interessenverbände und Organisationen²³ „in den Staatsapparat hinein, wie die durch die Staatsinterventionen mobilisierten Interessengruppen erstens ihre Machtansprüche erwei-

²³ Nicht selten wird von der Etablierung eines dritten Sektors gesprochen, der sich als neue Steuerungsform zwischen Markt (dezentrale Entscheidungen) und Staat (hierarchische Steuerung) etabliert (Messner 1995: 154ff.). Der dritte Sektor lässt sich in zivilgesellschaftliche Organisationen (zum Beispiel Selbsthilfegruppen), in funktionale Institutionen (zum Beispiel Forschung, Beratung) und in Interessengruppen, beziehungsweise Verbände (zum Beispiel Gewerkschaften) differenzieren.

tern und zweitens für die Gestaltung und Implementation der hochkomplizierten Gesetzesmaterien unentbehrlich werden“ (ebenda).

Soziale Netzwerkbeziehungen sind folglich nicht nur Resultat von Interaktionen zwischen Individuen unterschiedlicher Gruppen oder Organisationen. Vielmehr erfordert gerade die Komplexität bestimmter (zum Beispiel staatlicher) Aufgabenstellungen oder Leistungsanforderungen und inhaltlicher Sachprobleme das Zusammenwirken verschiedenster gesellschaftlicher Akteure über unterschiedlichste politisch relevante Schnittstellen hinweg.

Besondere Relevanz gewinnen Policy-Netzwerke durch den Umstand, dass diese bisher institutionalisierte Entscheidungsstrukturen, beziehungsweise etablierte Machtkreisläufe, verändern. Nicht mehr nur die staatliche Autorität und Souveränität allein ist der Bezugspunkt für Entscheidungsfindungsprozesse, sondern auch eine Vielzahl öffentlicher wie privater Organisationen und Gruppierungen, die bereits an den Entscheidungsprozessen auf unterschiedlichste Weise beteiligt werden oder darauf drängen. Auseinandersetzungen finden demzufolge nicht nur in den Verhandlungssystemen selbst statt. Dafür entbrennt um die Teilnahme an Entscheidungen der politischen Willensbildung nicht selten ein ebenso heftiger Konflikt.

In der modernen Gesellschaft wächst nicht nur der Einfluss von nichtstaatlichen Organisationen, auch die Interaktionen und Beziehungsmuster zwischen diesen und den Organisationen des staatlichen Bereiches verdichten sich und nehmen zugleich an Bedeutung zu. Die Politikwissenschaft stellt zwangsläufig die Frage nach den Beziehungsmodalitäten zwischen den verschiedenen Organisationen, Unternehmen, Behörden, Verwaltungen und Politikern, was vor die Frage führt, welche Arten von Beziehungen zwischen politisch relevanten Akteuren ausfindig gemacht werden können?²⁴

Die Interaktionslogik in Policy-Netzwerken wird als Verhandlung begriffen. Sie zielt im Gegensatz zu Tauschbeziehungen, in denen die Tauschpartner egoistische Kosten-Nutzen-Motive durchsetzen wollen, primär auf ein gemeinsames Resultat ab. Nicht die Interessendurchsetzung nutzenmaximierender Akteure prägt das Netzwerk, sondern die Ausrichtung auf ein allseitig als günstig einzuschätzendes Verhandlungsergebnis wird als Mittelpunkt der Verhandlungssysteme angesehen. Dieser grundlegende Befund, dass in Policy-Netzwerken nicht primär die Logik des Tausches, sondern der Verhandlung vorherrscht, weist auf die Besonderheiten dieser Netzwerke gegenüber anderen Interaktionen hin. Tausch- und strategische Interaktionen sind durch Kalkulationslagen spezifischer Akteure gekennzeichnet (Mayntz 1993: 47). Die egoistische Perspektive wird als hervorstechendes Merkmal individueller oder

²⁴ Aus dieser Perspektive erscheint eine Beschäftigung mit den an der Korruptionsbekämpfung beteiligten Akteuren reizvoll. Womöglich lassen sich die Verbindungen zwischen staatlichen Stellen, aktiven Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen in diesem Bereich als Policy-Netzwerk, einschließlich der entsprechenden diffusen Übergänge zum Illegitimen, beschreiben. Besonders interessant dürfte dabei eine Analyse der Rolle der Nichtregierungsorganisation „Transparency International“ (TI) sein, die offensichtlich erheblichen Einfluss auf das verbreitete Korruptionsverständnis hat (Tänzler 2008, Eigen 2003).

kollektiver Interessenlagen interpretiert. Die Akteure operieren unter der Prämisse des Kosten-Nutzen-Kalküls, unbeeindruckt von sonstigen situationsübergreifenden oder situativen Besonderheiten. So bietet sich als Beziehungsmodus das marktförmige Tauschprinzip an.

Die Netzwerkstrukturen werden hingegen als relativ dauerhaft konzipiert. Würden die Akteure im Aufeinandertreffen jeweils auf die maximale Ausbeute abzielen, wären die Netzwerke schnell in ihren Grundfesten zu erschüttern. Die Verhandlungsteilnehmer bringen über ihre Zugehörigkeit zu den Policy-Netzwerken schon die Bereitschaft in die Verhandlung mit, Kompromisse eingehen zu wollen. Eigeninteressen sind dabei keineswegs ausgeschlossen, man kann vielmehr annehmen, dass hier von wechselseitig konditionierten Interessenskalkülen auszugehen ist. Die etablierten Verhandlungssysteme zeichnen sich demnach durch institutionalisierte, das heißt erwartbare Spielregeln aus. Kosten und Nutzen sind auf gerechte Weise auf alle Teilnehmer zu verteilen, was wiederum eine freiwillige Beschränkung der Handlungsoptionen voraussetzt. Verhandlungen zielen somit auf ein gemeinsames Ergebnis. Dieses gemeinsame Ergebnis ist (zugleich) als ein zentrales Thema der Interaktion in Verhandlungssystemen anzusehen (ebenda: 47).

Die Funktion von kooperativen Netzwerken liegt also vor allem in der Ermöglichung von positiver als auch negativer Selbstkoordination in und zwischen formalen Organisationen, Verwaltungen sowie zwischen individuellen und kollektiven Akteuren mit unterschiedlichsten Interessenskonstellationen und Wertpräferenzen. Durch positive Koordination kann die Wirksamkeit von politischen Systemen im Allgemeinen und politischen Entscheidungsfindungsprozessen im Besonderen gesteigert werden. Durch negative Selbstkoordination wird ein Interessenschutz anderer, in der Regel nicht beteiligter Akteure gewährleistet, was somit zur Integrationsfähigkeit eines politischen Systems oder Bereiches beiträgt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass soziale und vor allem Policy-Netzwerke in der modernen Gesellschaft an Bedeutung gewinnen. Diese unterscheiden sich sowohl von Organisationen als auch von Interessenverbänden oder -vereinigungen.²⁵ Kennzeichnendes Merkmal dieser Netzwerke ist das durch Interaktion hergestellte interorganisatorische und interinstitutionelle Geflecht, aus dem heraus flexibel Entscheidungsfindungsprozesse entwickelt werden können. Policy-Netzwerke entstehen einerseits aus den Problemlagen und dem Komplexitätsdruck moderner Gesellschaften. Andererseits streben gesellschaftliche Akteure auch eine Beteiligung an politischen Entscheidungsabläufen an (ebenda: 41). Das Zusammengehen von gesellschaftlichen (bzw. zivilgesellschaftlichen) und staatlichen Akteuren in diesen Netzwerken eröffnet für beide Seiten die Möglichkeit, die Interessen der Verhandlungspartner kennen zu lernen und in anstehenden Verhandlungen wechselseitig abwägen zu können. Policy-Netz-

²⁵ Die Feststellung, dass die Frage nach begrifflichen Differenzen und Identitäten sozialer Ordnungs- und Steuerungsformen auch und gerade in der politikwissenschaftlichen Diskussion geführt worden ist, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass man bisher nicht über erste recht bescheiden ausfallende klassifikatorische Versuche hinausgelangt ist (siehe Hild 1996; Jansen/Schubert 1995; Schneider/Kenis 1996; Streeck/Schmitter 1996; Knill 2000).

werke sind somit in die Lage versetzt, sich den aktuellen Gegebenheiten und Besonderheiten anpassen zu können. Weiterhin ergibt sich für die Verhandlungspartner die Möglichkeit, jeweils relevante Informationen über Entscheidungsbereiche und über Betroffene zu erlangen. Der Staat selbst büßt einerseits durch die Institutionalisierung von Policy-Netzwerken an Entscheidungsvermögen ein,²⁶ erhofft sich aber andererseits den erhöhten Komplexitätserfordernissen besser anzupassen und somit den zunehmenden „Konsensbedürfnissen in modernen Gesellschaften“ Rechnung tragen zu können (ebenda: 41). Die auf der Basis kompromissorientierter Verhandlungslogik etablierten Policy-Netzwerke können Entscheidungsblockaden der Politik durch breitere Akzeptanzbereitstellung zumindest entschärfen. Zudem dürften einzelne Politikbereiche, die von starken Policy-Netzwerken durchzogen sind, von allzu gravierenden Veränderungen der politischen Entscheidungslandschaft verschont bleiben.²⁷ Das bedeutet zugleich eine Verengung politischer Spielräume. Entscheidungen, die nicht das Label „konsensbasiert“ mit sich führen, haben es schwer im komplexer werdenden politischen Prozess, durchgesetzt zu werden. Reagieren kann man auf diese Schwierigkeit durch eine gezielte Auswahl der Mitglieder in den jeweiligen Verhandlungssystemen. Vor allem die Bindung der Verhandlungssysteme an Interaktion, in der sich räumliche Unterschiede zur Geltung bringen (Nähe, Ferne, Häufigkeit und Leichtigkeit von Kontakten), bringt unerwünschte Effekte mit sich, so zum Beispiel Rücksichten auf Netzwerke, auf persönliche Bekannte sowie die Verfilzung von Interessen bis hin zur Korruption.

Obwohl Netzwerke primär auf der Basis von Vertrauen laufen (Aderhold 2004), setzen diese funktionierende oder wenigstens ausbeutbare Organisationen voraus. Netzwerke, die sich von den durch Organisationen bereitgestellten Ressourcen ‚ernähren‘, leben folglich von Organisationen und „wachsen an ihnen, ohne sich durch sie kontrollieren zu lassen“ (Luhmann 2000: 386). Die rechtlichen Voraussetzungen mit in die Analyse einbeziehend, lassen sich folglich legale und informale Varianten unterscheiden: Informale Netzwerke, die schnell in illegale umschlagen können (Korruption, Mafia, Terrornetzwerke). Sie bilden sich, wenn das Vertrauen stark personalisiert wird und die Leistungen von Organisationen fast ausschließlich über persönliche Kontakte zu erreichen sind und von diesen zweckentfremdet ‚ausgebeutet‘ werden. In legaler Hinsicht kommt es zu horizontalen Verknüpfungen verschiedener Organisationen, wenn sich diese im Einklang mit deren Zielen miteinander vernetzen (Policy-Netzwerke, Unternehmensverbände, regionale Großprojekte). Aktuelle Entwicklungen verschärfen nun das oben angeschnittene Klärungsproblem (zwischen legal/illegal und formal/informal), vor allem wenn man sieht, in welchem Maße auf legaler Ebene Anstrengungen unternommen werden, gewünschte Formen

²⁶ Ein Großteil der politikwissenschaftlichen Debatte dreht sich genau um die Frage der noch verbliebenen Möglichkeiten von Staat und Politik, sich selbst, andere Teilsysteme oder gar die Gesellschaft insgesamt steuern zu können. In diesem Zusammenhang wird dann die auch zukünftig relevante Frage formuliert, welche demokratischen und verfassungsrechtlichen Problemstellungen mit dem Bedeutungszuwachs politischer Netzwerke einhergehen (siehe Steinberg 1999).

²⁷ An dieser Stelle könnte dann empirisch geprüft werden, ob es in der bundesrepublikanischen Wirklichkeit starke korporatistische Elemente oder eher starke Netzwerke sind, welche die Politik davon abhält, ihren Reformwillen voll umzusetzen (instruktiv Pappi/König 1995).

der Netzwerkbildung zu forcieren. Man versucht auf Anforderungen zu reagieren, die gleichzeitige Pluralität sachlicher Kontexte und Anschlusslogiken in jeder Aktualität einschließen. Entscheidungsprobleme und Steuerungsvorhaben müssen folglich als eine ‚Mehrsystemsituation‘ gedacht werden, die nur noch auf der Basis einer Vermittlung der Logiken verschiedener Kontexte möglich ist (Nassehi 2006: 445). Zu den Steuerungs-, Demokratie- und Legalitätsproblemen gesellt sich nun ein weiteres, müssen Organisationen doch Personal zur Verarbeitung dieser neuen, mit der gesellschaftlichen Differenzierung entstehenden Entscheidungs- und Vermittlungserfordernisse bereitstellen, womit neuartige Prozesse der Elitebildung initiiert werden, die wiederum Zugriffspunkte für organisationswidrige partikuläre Interessen bieten können.

5. Ausblick: Soziale und gesellschaftliche Ermöglicungen korruptiven Handelns

Die bisherigen Überlegungen haben versucht, dem bisher nur schwerlich fassbaren Korruptionsphänomen auf zweierlei Weise auf die Spur zu kommen: erstens durch eine sozialtheoretische Reflexion und Korrektur der Rationalitätsprämisse öffentlicher und wissenschaftlicher Korruptionsbeobachtung und zweitens durch den an aktuellen Entwicklungen abzulesenden Trend einer zunehmenden Integration gesellschaftlicher Teilsysteme. Die von uns unternommenen beiden Schritte machen die Angelegenheit einer begrifflichen Schärfung und der hierfür erforderlichen gesellschaftlichen Einordnung keineswegs einfacher. Dennoch erscheint uns diese sozial- und gesellschaftstheoretische Verkomplizierung notwendig, um die Perspektive auf das Phänomen Korruption in zwei Hinsichten zu präzisieren. Erstens muss man sich wohl darauf einstellen, dass Netzwerke (oder in ihren Grundstrukturen persönliche Beziehungen und hiermit korrelierende akteursbezogene Semantiken) nicht nur in archaischen Gesellschaften als ein unausweichliches Nebenprodukt sozialer Strukturbildung anzusehen sind. Wir haben es in jedem Sozialsystem bzw. in jedem sozialen Ereignis mit einer Verdopplung von Ereignissen und Zurechnungen zu tun. Auch wenn die moderne Gesellschaft mit der Einrichtung von Funktionssystemen und Organisationen hochspezialisierte Kommunikationsbereiche etablieren konnte, die nur in gewissen Hinsichten ansprechbar sind bzw. auf gesellschaftliche oder individuelle Interessen- oder Problemlagen reagieren, so ist doch nicht zu übersehen, dass sich unpersönlich konfigurierte Beziehungen nicht vollständig von persönlichen separieren können. Psychische und soziale Systeme benötigen für ihre Orientierung gesellschaftlich ausgewiesene Bezugspunkte – Akteure, Aktionen und Relationen.

Diese Vereinfachungen werden von voraussetzungsreichen und hochkomplexen Prozeduren getragen, ohne dass dies auf der Seite vereinfachter Vertrautheit bemerkt wird. Dieses Paradox der Vereinfachung „findet man in den beiden Grundvoraussetzungen sozialen Lebens, das heißt im Bewusstsein und in der Kommunikation. Vereinfachung ist nicht nur als eine Begleiterscheinung, sondern als eine Funkti-

onsnotwendigkeit“ sozialer Vorgänge zu verstehen (Markowitz 2003: 29). Vereinfachung heißt hier soziale Selbstvereinfachung. Diese entsteht dadurch, dass sich die komplexen Prozesse von Bewusstsein (Wahrnehmen) und Kommunikation (Sozialisation) von ihren Effekten oder Resultaten isolieren. Es entsteht jeweils ein Operationsmodus, der es gestattet, mit den Effekten etwas anzufangen, ohne die sie tragenden Prozesse mit im Spiel halten zu müssen.

Kommunikation ist aus Gründen der Selbststeuerungsfähigkeit darauf angewiesen, sich anhand einer vereinfachenden Selbstbeschreibung als Handlung zu beobachten, um im Zuge der Strukturbildung relativ schnell und relativ sicher nächste Anschlüsse erwartbar machen zu können (Luhmann 1993b: 241f.). In der Interaktion, in der das soziale Geschehen durch reflexive Wahrnehmungsprozesse bestimmt wird, kommt es nun dazu, dass Resultate der Wahrnehmung des komplexen Geschehens ausgebildet und verwendet werden können (u. a. Intentionen, Akteure, Relationen), „ohne sich auf die sie tragenden Prozesse beziehen zu müssen, in vielen Fällen: ohne sie auch nur zu kennen“ (Markowitz 2006: 69).

Soziale Systeme vermitteln sich u.a. über Epigramme (vgl. Markowitz 1986) oder über Interaktionsformate (Kranz 2009; Markowitz 2006). Systeme sind weder für sich selbst, noch für externe Beobachter vollständig transparent. Und doch bilden sie Strukturen aus, die es Beobachtern ermöglichen, sich an ihnen zu orientieren. Ein soziales Epigramm ist beispielsweise eine auf Vereinfachung zugeschnittene Veranschaulichungsweise sozialer Systeme. Sie fungieren als Orientierungsmodi, wobei von einer Vielzahl konkurrierender Versionen auszugehen ist. In die jeweilige Darstellung gehen sowohl Bestandteile des Systems, vor allem in Form einer auf Vereinfachung setzenden Selbstbeschreibung, aber auch Aktivitäten individueller Orientierungsprozesse mit ein (vgl. Markowitz 1986). Epigramme greifen vor allem auf diejenigen Sinnkomplexe zurück, von denen unterstellt werden kann, dass andere diese kennen und die implizit verankerten Grundpositionen teilen. Es ist zu vermuten, dass soziale Systeme durch die Überführung von Intransparenz in Transparenz selbst Anhaltspunkte von Verknüpfungsstrukturen ausbilden, die sich von den Beteiligten, vor allem aber von geschulten Beobachtern interpretieren und als Anschlussstellen nutzen lassen.²⁸ Die laufende (Neben-)Produktion vereinfachender Verweisungshorizonte ermöglicht somit eine soziale Infrastruktur, an die sich vernetzende Strukturen in Form persönlicher Beziehungsgeflechte ankoppeln können, ohne in jedem Fall mit korruptiven Handeln zusammenfallen zu müssen.

²⁸ Die mit der systemischen Epigrammatik angelegte Vereinfachung ist aber nur die eine Seite. Die hochwahrscheinliche Vermittlung von funktionalen Erfordernissen wird nur dann gelingen, wenn auf der anderen Seite eine pragmatische Vermittlung zwischen Intention und Funktion mit bearbeitet wird (vgl. Markowitz 2003 und 2006). Es geht um nicht weniger, als dass zwischen den Beteiligten Gesichtspunkte des Intendierens mit Erfordernissen des Fungierens für beide Seiten anschlussfähig ins Verhältnis gesetzt werden können.

Damit liegen genügend Hinweise für eine sozialtheoretische Begründung einer Dauerkonstitution *korruptionsermöglichender* Strukturen vor. Wie die Ausführungen im Kontext der Policy-Netzwerke aber zudem gezeigt haben, forciert die gesellschaftliche Ausdifferenzierung komplexer Verhandlungssysteme diese Entwicklung, wobei ein hiermit in Zusammenhang stehender Akzent interessieren muss: Die Effizienz steigernde Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Teilsysteme führt dazu, dass „jede *Limitierung nach innen* verloren“ gegangen ist (Nassehi 2003: 172). Zur Haltlosigkeit der Teilsysteme kommt hinzu, dass die sich zusehends separierenden Ereignisfolgen zeitgleich ablaufen. Diese Gleichzeitigkeit gegenwärtiger Geschehnisse führt zugleich dazu, dass diese sich weder beeinflussen noch kontrollieren können. Was immer gegenwärtig geschieht, es geschieht mehrfach und gleichzeitig. Die schon angesprochene Differenzierung bedeutet in diesem Sinne eine gleichzeitige Zunahme von Abhängigkeiten und Unabhängigkeiten, mit der Folge einer Transformation denkbarer Kausalketten und eines erforderlichen Umbaus gesellschaftlicher Integrationsmöglichkeiten. Differenzierung erzeugt systeminterne Unbestimmtheiten, und zwar auf der Ebene der gesellschaftlichen Teilsysteme wie auch auf der Ebene der Gesellschaft selbst. Integrationsbemühungen werden massiv erschwert. Sie bleiben auf die Beeinflussung von Einzelereignissen mit offenem Ausgang beschränkt.

Offen ist, wer die Koordination der Funktionssysteme übernehmen kann. Dieses ambitionierte Vorgehen scheint nur möglich, wenn die Funktionsweise der funktionalen Differenzierung zwar vorausgesetzt, aber letztlich unterlaufen wird (Nassehi 2004: 29). Ansatzpunkte finden sich an den Kopplungsstellen der Funktionssysteme. Die hier aktiv werdenden Organisationen und neuen Eliten zeichnen sich nun dadurch aus, dass sie quasi im Unsichtbaren „das Jonglieren mit der Differenz zwischen den funktionsspezifischen Unterscheidungen beherrschen“ (Nassehi 2004: 32). Die Frage ist nun, wo man derartige Kopplungsstellen finden und wie man sich diese mittels ihrer prozessualen Ausgestaltung vorstellen kann. Es sind vor allem interaktionsnah konstituierte Verhandlungssysteme, in denen Integrationseliten an den Möglichkeiten funktionsspezifischer Kommunikation und der Organisation ansetzen, um diese dann von der Ausgestaltung und von der Ergebnisproduktion her in ihrer Einzelspezifik partiell freizustellen und damit anschlussfähig für externe Zumutungen zu machen. Diese häufig unter negativen Vorzeichen laufenden Integrationsbemühungen lassen sich unter der zunehmenden Komplexität von Entscheidungsfindungsverfahren auch konstruktiv nutzen. Im Rahmen von Verhandlungssystemen können beispielsweise Probleme der Staatsüberlastung durch Einbeziehung legitimer Verhandlungspartner, Experten und Interessengruppen entschärft werden. In den nur teilweise für Externe transparent ablaufenden Verhandlungsrunden treffen nicht nur Interessengruppen, Repräsentanten funktionaler Erwägungen, sondern auch Experten aufeinander, die zugleich unterschiedliche Funktionssysteme repräsentieren.

Derart vertrackte und ambitionierte Vorhaben benötigen Interaktionsformate²⁹, die geeignet sind, Übersetzungen in Gang zu bringen. In den nicht selten langsam und zäh verlaufenden Abstimmungsprozessen geht es dann darum, pragmatisch passfähige Interaktionsformate zu kreieren. Diese müssen dafür Sorge tragen, dass die im Kontext von Multireferentialität zu leistende Übersetzung so anzulegen ist, dass offen bleibt, wer die ‚Lösung‘ für das zu behandelnde Problem beisteuert.

Fassen wir zusammen: Mit der funktionalen Differenzierung hat sich eine gesellschaftlich institutionalisierte Erwartungslage herausgebildet, mit der davon ausgegangen werden kann, dass politische Entscheidungen nur politisch begründet und wirtschaftliche Entscheidungen nur nach wirtschaftlichen Erwägungen gefüllt werden (Luhmann 1997). Die hier aufscheinende Utopie einer rational arbeitenden funktional differenzierten Moderne bekommt dann erste Risse, wenn man sieht, dass viele Entscheidungszusammenhänge eingebettet sind in strukturelle Settings, die vor allem über Organisationen vermittelt werden. Nahe liegt dann auch der Gedanke, Korruption als ein Phänomen der „strukturellen Kopplung“ zwischen Systemen zu konzipieren (Jansen 2005: 21). Hiernach greifen korrupte Vorgänge in die operative Geschlossenheit der Systeme ein „und passen sich – unter Wechsel des Codes, also der Leitunterscheidung der Funktionssysteme – an das an, was in der motivierenden Umwelt für sinnvoll erachtet wird“ (Jansen 2005: 21f.).

Strukturelle Kopplung soll auf der Gleichzeitigkeit der Operationen von System und Umwelt beruhen, wobei die Kopplung der getrennten Operationen in einer beiderseitig nur momentan verfügbaren Zuordnung möglich wird. Die Beschränkung dieser Form operativer Kopplungen auf Ereignislänge wird nun darauf zurückgeführt, dass die involvierten Systeme trotz momentaner Verknüpfung alles Weitere getrennt weiterverarbeiten. Besonders bedeutsam ist die Selektivitätswirkung struktureller Kopplungen. Es werden hochselektive Zusammenhänge gebildet, das heißt, nur ganz bestimmte Aspekte aus System und Umwelt werden kausal verknüpft. System und Umwelt sind so in der Lage, sich wechselseitig zu beeinflussen. Der Einfluss funktioniert aber nur auf der Basis wechselseitiger Irritationen und nicht über die Bereitstellung der Umweltoperationen für das co-evolvierende System. Die Umwelt produziert nicht die Elemente des Systems. Die Steigerung der Irritabilität erfolgt über strukturelle Kopplung durch gleichzeitige Bereitstellung von Störungen und dem Ausschließen anderer Störquellen (Luhmann 1995b: 32).

Anlässe und Erfordernisse für strukturelle Kopplung sowie für die Bearbeitung des Konversionsproblems in Form der Transformation des einen in ein anderes Kommunikationsmedium auf der Ebene der Organisation, liefert die Gesellschaft zu Genüge. Es fällt auf den ersten Blick schwer, hier nicht dem Rationalitätsversprechen der funktional differenzierten Moderne und damit dem Vorschlag Jansens zu folgen und strukturelle Kopplung mit Korruption zu identifizieren. Wir halten beide Zuspit-

²⁹ Der Begriff stammt von Jürgen Markowitz (u. a. 2006).

zungen jedoch für zu überzogen, zu weitgehend bzw. zu allgemein, will man nicht jede Mehrfachbetreuung sozialer Ereignisse durch die Funktionssysteme (bspw. Regionalentwicklung oder Absicherung wirtschaftlichen Handelns durch Rechtssicherheit) zugleich in die Nähe von Korruption rücken.

Wir konzipieren das Problem der Korruption folglich nicht als Abweichung von gesellschaftlichen Normvorgaben (weder als Rationalitätsimperative der Moderne und der hiermit verbundenden Utopie wie bei Luhmann oder als in Geltung vermuteter Gesellschaftsverträge wie bei Tänzler), sondern lokalisieren es ausschließlich auf der Ebene der Organisation: Bezogen auf gesellschaftliche Problemlagen reagiert diese auf Vermittlungserfordernisse zwischen den Teilsystemen – sie dockt sich dort an. Korruption entsteht aber nicht schon hierdurch, sondern erst, sofern unterschiedliche Differenzierungsprinzipien in der Organisation (oder in Interorganisationsverhältnissen) aufeinanderprallen, wenn es beispielsweise lokalen Patron-Klientensystemen, Nebenhierarchien oder informellen Gegenmächten gelingt, die formalisierten Prämissen einer Organisation in einer für diese dysfunktionalen Weise zu unterlaufen und auszuhebeln, um in diesem Sinne einer Besorgung fremder Interessen nachgehen zu können. Damit ist auch die Unterscheidung korrupt/nicht-korrupt im jeweiligen organisationalen Kontext zu verorten. Das heißt auch, dass Korruption ein multilokales Phänomen ist. Versuche, Korruption im Rahmen rechtlicher Regulierung oder moralischer Diskurse zu bearbeiten, erscheinen aus unserer Perspektive daher wenig erfolgversprechend. Verabschieden sollte man sich auch von der Vorstellung, wir hätten es ausschließlich mit einem semantischen Problem oder mit der Diskrepanz von individuellem Handeln und den normativen Versprechungen des geltenden Gesellschaftsvertrages zu tun (Tänzler 2008: 80).

Entscheidend ist folglich, sich auf der Ebene der Organisation an der Unterscheidung zwischen Netzwerkbildung und einer ungewünschten oder unerlaubten Nutzung dieser Strukturen für eigene und/oder fremde Interessen zu orientieren. Netzwerkbildende Effekte entstehen dann, wenn in der Interaktion eigenständige, an der adressförmig erfahrbaren Individualität der Personen ausgerichtete Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken (Aderhold 2009). Die Entscheidungsprämissen der beteiligten Organisation werden dieser Setzung folgend in den Hintergrund gerückt. Mit anderen Worten: die von der Organisation absorbierte Unsicherheit, das heißt die über Entscheidungen außer Kraft gesetzte (doppelte) Kontingenz wird (wieder) zugelassen. Organisationen sind daher angehalten, nach Wegen zu suchen, um die informellen, „hilfreichen“ Sozialkontakte im Zaum halten zu können, um diese auf Korruption hin kontrollieren oder gar für ihre eigenen Interessen nutzen zu können. Eingeschränkt wird diese Vermittlungs- und Kontrollleistung jedoch dadurch, da sie nur unter den Bedingungen der ihr zur Verfügung stehenden Rationalität installiert und ausgestaltet werden kann.

Literatur

- Aderhold, Jens, 2004: Form und Funktion sozialer Netzwerke in Wirtschaft und Gesellschaft. Beziehungsgeflechte als Vermittler zwischen Erreichbarkeit und Zugänglichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Aderhold, Jens, 2009: Selektivitäten des Netzwerkes im Kontext hybrider Strukturen und systemischer Effekte – illustriert am Beispielen regionaler Kooperation. In: Roger Häußling (Hrsg.): Grenzen von Netzwerken. Wiesbaden: VS Verlag. (Im Erscheinen)
- Aderhold Jens und Olaf Kranz (Hrsg.), 2007: Intention und Funktion. Probleme der Vermittlung psychischer und sozialer Systeme. Wiesbaden. VS Verlag.
- Aderhold, Jens und Ralf Wetzels, 2009: Erreichbarkeit und Zugänglichkeit als Form sozialer Netzwerke. Ms. Universität Halle-Wittenberg. Halle/Saale.
- Aderhold, Jens; Ralf Wetzels und Matthias Meyer (Hrsg.), 2005: Modernes Netzwerkmanagement: Anforderungen – Methoden – Anwendungsfelder. Wiesbaden: Gabler.
- Alemann, Ulrich von, 2005: Politische Korruption. Ein Wegweiser zum Stand der Forschung. S. 13-49. In: Ders. (Hrsg.): Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung. Sonderheft 35 / 2005 der Politischen Vierteljahresschrift (PVZ). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Alemann, Ulrich von, 2007: Korruption, Kapital und Moral. 7 Thesen zu Ursachen, Folgen und Kontrolle von Korruption in Europa. S. 187-197. In: Susanne Hilger (Hrsg.): Kapital und Moral. Ökonomie und Verantwortung in historisch-vergleichender Perspektive. Köln [u.a.]: Böhlau.
- Altwegg, Jürg, 2005: Ich kochte in Berlin für ihn, Ringier war dabei. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 290/2005, 13.12.2005, S. 40.
- Baecker, Dirk, 2000: Korruption, empirisch, taz Nr. 6049, vom 24.1.2000, S. 14.
- Baecker, Dirk, 2001: Ämter, Themen und Kontakte: Zur Form der Politik im Netzwerk der Gesellschaft. Ms. Universität Witten-Herdecke. (Internet: <http://www.uni.wh.de/de/wiwi/lehrstuehle/baecker/textauswahl/Aemter.html> vom 03.09.2001. Witten-Herdecke).
- Bannenber, Britta, 2003: Korruption in Deutschland – Ergebnisse einer kriminologisch-strafrechtlichen Untersuchung. S. 204-234. In: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.): Korruption. Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft. München: Knauer Taschenbuch
- Bestler, Anita, 1997: Klientelismus versus Universalismus: Transformation und Persistenz eines partikularen Kulturmusters am Beispiel Maltas. S. 141-160. In: Helga Reimann (Hrsg.): Weltkultur und Weltgesellschaft. Aspekte globalen Wandels. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Braczyk, Hans-Joachim und Martin Heidenreich, 1998: Regional governance structures in a globalized world. S. 414-440. In: Hans-Joachim Braczyk, Philip Cooke und Martin Heidenreich (ed.): Regional Innovation Systems. London: UCL.
- Bröchler, Stephan, 1996: Handlungsfähigkeit des Staates in der Zivilgesellschaft. S. 441-449. In: Lars Clausen (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch. Verhandlungen des 27. Kongresses der DGS in Halle 1995. Frankfurt/ New York: Campus.
- Brunsson, Nils, 1985: The Irrational Organization. Irrationality as a Basis for Organizational Action and Change. Chichester.

- Callies, Horst, 1989: Zum römischen Klientensystem, zumal in den politischen Auseinandersetzungen der späten Republik. S. 26-34. In: Hans-Heinrich Nolte (Hrsg.): Patronage und Klientel. Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz. Köln/Wien: Böhlau Verlag.
- Delhey, Jan, 2002: Korruption in Bewerberländern zur Europäischen Union. Institutionenqualität und Korruption in vergleichender Perspektive. WZB, FS III 02-401. Berlin.
- Eigen, Peter, 2003: Die Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft in einer neuartigen globalen Regierungsführung – Am Beispiel der internationalen Korruptionsbekämpfung. S. 161-173. In: Verena von Nell, Gottfried Schwitzgebel und Mathias Vollet (Hrsg.): Korruption. Interdisziplinäre Zugänge zu einem komplexen Phänomen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Fuchs, Peter, 1992: Die Erreichbarkeit der Gesellschaft. Zur Konstruktion und Imagination gesellschaftlicher Einheit. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gabl, Alexander, 2007: Korruption in der EU. S. 96-108 in: Thomas Geiger, Martin Hartlieb, und Birgit Winkel (Hrsg.): Fokus Politikwissenschaft. Ein Überblick. Innsbruck [u.a.]: Studien-Verlag.
- Giannakopoulos, Angelos, Dirk Tänzler und Konstadinos Maras, 2007: Crime and Culture. Breaking New Ground in Corruption Research. S. 217-254 in: Südosteuropa, 2007 (55): 2-3.
- Giannakopoulos, Angelos und Dirk Tänzler, 2009: Deutsche Ansichten zur Korruption. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 3-4/2009, <http://www.bpb.de/publikationen/5VLIRX.html>.
- Graeff, Peter, 2004: Medien und Korruption. Die korruptionsenkende Wirkung der Mediennutzung. S. 212-225 in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 73.
- Henning, Christoph, 2005: Private Virtues, Public Vices? Sozialphilosophische Implikationen der Rede von Korruption. S. 189-204. In: Stephan A. Jansen und Birger P. Priddat (Hrsg.): Korruption. Unaufgeklärter Kapitalismus – Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hild, Paul, 1996: Netzwerke der lokalen Arbeitsmarktpolitik. Steuerungsprobleme in theoretischer und empirischer Sicht. Berlin: edition sigma.
- Huntington, Samuel P., 1997: Modernization and Corruption. S. 377-388. In: J. Arnold, Michael Heidenheimer, Johnston und Victor T. LeVine (Hrsg.): Political Corruption. A Handbook. New Brunswick [u.a.]: Transaction Publishers.
- Jansen, A. Stephan, 2005: Elemente „positiver“ und „dynamischer Theorien der Korruption – Multidisziplinäre Provokationen zur Form der Korruption. S. 11-42. In: Ders. und Birger P. Priddat (Hrsg.): 2005: Korruption. Unaufgeklärter Kapitalismus – Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jansen, Dorothea und Klaus Schubert, 1995: Netzwerkanalyse, Netzwerkforschung und Politikproduktion: Ansätze zur `cross-fertilization`. S. 9-23. In: Dies. (Hrsg.): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg: Schüren.
- Johnston, Michael, 2005: Keeping the Answers, Changing the Questions: Corruption Definitions Revisited. S. 61-76. In: Ulrich von Alemann (Hrsg.): Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung. Sonderheft 35 / 2005 der Politischen Vierteljahresschrift (PVZ). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kabalak, Alihan, 2005: Institutionalisierte Korruption. S. 167-188. In: Stephan A. Jansen und Birger P. Priddat (Hrsg.), 2005: Korruption. Unaufgeklärter Kapitalismus – Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knill, Christoph, 2000: Policy-Netzwerke. Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung. S. 111-133. In: Johannes Weyer (Hrsg.): Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung. München/Wien: Oldenbourg Verlag.

- Kranz, Olaf, 2009: Von der Skandalisierung der Organisationsberatung zur Professionalisierung der Soziologie? Interaktionstheoretische Beiträge zu Profession, Organisation und Beratung. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).
- Lévi-Strauss, Claude, 1993: Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1993a: Das Recht der Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1993b: Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Systemtheorie. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 1995a: Kausalität im Süden. In: Soziale Systeme, Heft 1/95, S. 7-28.
- Luhmann, Niklas, 1995b: Sich im Undurchschaubaren bewegen. Zur Veränderungsdynamik hochentwickelter Gesellschaften. S. 9-18. In: Ralph Grossmann u.a. (Hrsg.): Veränderung in Organisationen: Management und Beratung. Wiesbaden: Gabler.
- Luhmann, Niklas, 1995c: Soziologische Aufklärung 6 – Die Soziologie und der Mensch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas, 1997: Die Gesellschaft der Gesellschaft. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas, 2000: Organisation und Entscheidung. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Manow, Philip, 2003: Politische Korruption als Gegenstand der Politikwissenschaft – Eine Kritik des Forschungsstandes. S.239ff. in: Arnim, Hans Herbert von (Hrsg.): Korruption. Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft. München: Knaur Taschenbuch.
- March, James .G., 1990: Eine Chronik der Überlegungen über Entscheidungsprozesse in Organisationen. In: Ders. (Hrsg.): Entscheidung und Organisation. S. 1–23, Wiesbaden.
- Markowitz, Jürgen, 1986: Verhalten im Systemkontext: Zum Begriff des sozialen Epigramms. Diskutiert am Beispiel des Schulunterrichts. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Markowitz, Jürgen, 2003: (Nicht) Ganz Einfach. Von den Schwierigkeiten des Phänomens ‚Vereinfachung‘. In: scientia halensis, Wissenschaftsjournal der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg 2/3: 29-30.
- Markowitz, Jürgen, 2006: Funktionale Differenzierung und strukturelle Folgen. S. 67-75. In: Yvonne Ehrenspeck und Dieter Lenzen (Hrsg.): Beobachtungen des Erziehungssystems. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mauss, Marcel, 1996: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mayntz, Renate; 1993: Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen. In: Politische Vierteljahresschrift 34, Sonderband 24, S. 39-56.
- Messner, Dirk, 1995: Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung. Köln: Weltforum Verlag.
- Morlok, Martin, 2005: Politische Korruption als Entdifferenzierungsproblem. S. 135-152. In: Ulrich von Alemann (Hrsg.): Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung. Sonderheft 35 / 2005 der Politischen Vierteljahreszeitschrift (PVZ). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nassehi, Armin, 2003: Geschlossenheit und Offenheit: Studien zur Theorie der modernen Gesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Nassehi, Armin, 2004: Eliten als Differenzierungsparasiten: Skizze eines Forschungsprogramms. S. 25-41. In: Ronald Hitzler, Stefan Hornbostel und Cornelia Mohr (Hrsg.): Elitenmacht. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nassehi, Armin, 2006: Der soziologische Diskurs der Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Noack, Paul, 1998: Elite und Massendemokratie: Der Befund und die deutsche Wirklichkeit. S. 15-32. In: Magarditsch A. Hatschikjan und Franz-Lothar Altmann (Hrsg.): Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa. Paderborn et al.: Schöningh.
- Nolte, Hans-Heinrich, 1989: Patronage und Klientel: Das Konzept in der Forschung. S. 1-17. In: Ders. (Hrsg.): Patronage und Klientel. Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz. Köln/Wien: Böhlau Verlag.
- Pappi, Franz Urban und Thomas König, 1995: Informationsaustausch in politischen Netzwerken. S. 111-131. In: Dorothea Jansen und Klaus Schubert (Hrsg.): Netzwerke und Politikproduktion. Konzepte, Methoden, Perspektiven. Marburg: Schüren.
- Pies, Ingo, 2003: Korruption. Diagnose und Therapie aus wirtschaftsethischer Sicht. S. 41-61 In: Nell, Verena von, Gottfried Schwitzgebel und Mathias Vollet (Hrsg.): Korruption. Interdisziplinäre Zugänge zu einem komplexen Phänomen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Rabl, Tanja, 2008: Private Corruption and its Actors – Insights into the Subjective Decision Making Processes. Lengerich/Berlin: Pabst.
- Raith, Werner, 1996: Die Republik der Schein-Heiligen oder wieviel Korruption braucht die Demokratie? Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.
- Reiter, Josef, 2003: „Soll man den Menschen sagen, wie schlecht sie sind?“ (E. Canetti): Korruption als „Zwischen-Fall“ des Menschlichen. S. 1-18. In: Verena von Nell, Gottfried Schwitzgebel und Mathias Vollet (Hrsg.): Korruption. Interdisziplinäre Zugänge zu einem komplexen Phänomen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Rosa, Hartmut und Jörg Oberthür, 2008: Indikator fundamentaler Verwerfungslinien: Der Korruptionsdiskurs als Medium der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung. In: Soziologische Revue, Jg. 31, S. 43-54.
- Rose-Ackerman, Susan, 1999: Corruption and government: causes, consequences, and reform. Cambridge [u.a.]: Cambridge Univ. Press.
- Schefczyk, Michael, 2005: Paradoxe Korruption. S. 103-121. In: Stephan A. Jansen und Birger P. Priddat (Hrsg.): Korruption. Unaufgeklärter Kapitalismus – Multidisziplinäre Perspektiven zu Funktionen und Folgen der Korruption. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Scheuch, Erwin K. und Ute Scheuch, 1992: Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Scheuch, Erwin K., 2003: Die Mechanismen der Korruption in Politik und Verwaltung. S. 31-83. In: Hans Herbert von Arnim (Hrsg.): Korruption. Netzwerke in Politik, Ämtern und Wirtschaft. München: Knauer Taschenbuch
- Schmidt, Kurt, 2003: Korruption aus (vorwiegend) ökonomischer Sicht. S. 87-97. In: Verena von Nell, Gottfried Schwitzgebel und Mathias Vollet (Hrsg.): Korruption. Interdisziplinäre Zugänge zu einem komplexen Phänomen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Schneider, Volker und Patrick Kenis, 1996: Verteilte Kontrolle: Institutionelle Steuerung in modernen Gesellschaften. S. 9-43. In: Dies. (Hg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt/New York: Campus.

- Schwitzgebel, Gottfried, 2003: „Chefsache“ Korruption – Instrumente der Unternehmensethik im Einsatz zur Prävention und Bekämpfung von Korruption im öffentlichen Raum. S. 65-86. In: Verena von Nell, Gottfried Schwitzgebel und Mathias Vollet (Hrsg.): Korruption. Interdisziplinäre Zugänge zu einem komplexen Phänomen. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Stark, Carsten, 2008: Soziologische Schwachstellenanalyse als Korruptionsprävention. S. 129-138 In: Ders. und Uwe Marquardt (Hrsg.): Soziologie in der öffentlichen Verwaltung. Ausbildung, Beratung, Anwendung. Reihe Verwaltungssoziologie Band 1. Norderstedt: Books on Demand GmbH.
- Steinberg, Philipp, 1999: Governance-Modelle in der Politikwissenschaft und Möglichkeiten Ihrer verfassungsrechtlichen Umsetzung. WHI – Paper 6/99. Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht. Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin.
- Stille, Alexander, 1997: Die Richter, der Tod, die Mafia und die italienische Republik. Frankfurt/Wien: Büchergilde Gutenberg.
- Streck, Wolfgang und Philippe C. Schmitter, 1996: Gemeinschaft, Markt, Staat – und Verbände? Der mögliche Beitrag von privaten Interessenregierungen zu sozialer Ordnung. S. 123-164. In: Patrick Kenis und Volker Schneider (Hg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt/New York: Campus.
- Tacke, Veronika, 2000: Netzwerk und Adresse. In: Soziale Systeme 6, H. 2, S. 291-320.
- Tänzler, Dirk, 2008: Korruption als Metapher. Tatsachen, Wahrnehmungen, Deutungsmuster. In: Mittelweg 36 1/2008. S. 69-84.
- Tremel, Alfred K., 1998: „Moralischer Verfall“ oder Dysfunktion? In: Universitas, Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft, Jg. 33, Nr. 621, S. 251-262.
- Valdés, Ernesto Garzón, 2002: Korruption. Zur systemischen Relativität eines universalen Phänomens. In: Harald Bluhm und Karsten Fischer (Hrsg.) Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit von Macht; Theorien politischer Korruption. Baden-Baden: Nomos.
- Walter-Busch, Emil (1996): Organisationstheorien von Weber bis Weick. Amsterdam: Verlag Fakultas.
- Weber, Max (1999): Politik als Beruf. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.
- Windhoff-Héritier, Adrienne; 1987: Policy-Analyse. Eine Einführung. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Winter, Thomas von, 1997: Sozialpolitische Interessen. Baden-Baden: Nomos.
- Zimmerling, Ruth, 2005: Politische Korruption. Begrifflich-theoretische Einordnung. S. 77-90. In: Ulrich von Alemann, (Hrsg.): Dimensionen politischer Korruption. Beiträge zum Stand der internationalen Forschung. Sonderheft 35 / 2005 der Politischen Vierteljahresschrift (PVZ). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Autoren

Dr. Jens Aderhold (ISInova)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg,
Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften
Institut für Soziologie
Sonderforschungsbereich 580/A4
Emil-Abderhalden-Str. 7
D-06108 Halle/S.

Email: jens.aderhold@isinova.org und jens.aderhold@soziologie.uni-halle.de

Dipl-Soz. Florian Döring

...